



Breslau, 1. November.

Die Verhandlungen, welche in der zweiten Kammer stattgefunden haben, sind von den beiden dem constitutionellen Staatswesen feindlichen Parteien benutzt worden, um den Constitutionalismus und seine Anhänger möglichst herabzuwürdigen; hier um für die sociale Republik als die einzige Staatsform, die uns noch übrig bleibt, Propaganda zu machen, dort um der Rückkehr zum Alten, durch Discretion und Beseitigung der Constitutionellen, die Wege zu bereiten. Freilich haben jene Verhandlungen einen neuen Beleg dazu gegeben, daß es ein Unglück ist, wenn in einem Lande der Faden geschichtlicher Entwicklung zerrissen ist, und man nun in die Nothwendigkeit versetzt ist, die wichtigsten staatlichen Einrichtungen gleichsam ganz von Neuem aufzurichten zu müssen. In welchem Fall dann stets gar viele Baumeister sich anbieten, gar viele Vorschläge und Pläne hervortreten werden. Wie würde es nun aber den Demokraten erst ergehen, die mit einer gewissen Rathlosigkeit, in welcher sich die Kammer befunden hat, ihren Spott getrieben haben, wenn es ihnen erst gelungen wäre, vollends das ganze Staatsgebäude einzureißen und die jetzigen socialen Bande aufzulösen? Da würden sie lernen, was es heißt, in wenigen Stunden und Tagen zu Stande bringen zu wollen, was in der großen Werkstatt der Geschichte oft erst in Jahrhunderten bereitet und zur Vollendung gebracht wird: die völlige Umgestaltung der Lebens- und Staats-Verhältnisse eines Volkes. Aber auch jene andere Partei, welche mit den Demokraten, so wunderbar in ihrer Feindschaft gegen die Konstitutionellen, selbst in der Wahl und Gebrauch der Waffen gegen dieselben übereinstimmt, — hätte Grund genug, in sich zu gehen und ihren Hochmuth herabzustimmen. Denn wenn verdanken wir es, daß wir in die Lage gekommen sind, nach einer gewaltigen Erschütterung und unter der dauernden Fortwirkung derselben die Verfassung des Staates neu gestalten, selbst die Grundlagen dazu schaffen, fast alle Theile der Gesetzgebung mehr oder minder umbilden müssen? Würde es dahin gekommen sein, wenn die Männer, welche früher den Staat geleitet, oder das Ohr der Fürsten besessen haben, es verstanden hätten, mit wahrem geschichtlichen Geiste und politischer Weisheit den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen, die Entwicklung zu leiten, zu gestalten? Würde wohl der Sturm im vorigen Jahre so über Preußen hereingebrochen, und würde selbst, wenn er auch an uns nicht spurlos vorübergegangen wäre, die Aufgabe, welche die Regierung und die Kammern jetzt zu lösen haben, eine so gewaltige und schwierige sein, wenn man auf der von Stein und Hardenberg gelegten Grundlage der Gesetzgebung weiter gebaut und nicht einem ewigen Schaukeln und Schwanken zwischen rück- und vorwärts sich überlassen hätte? Würde unsere Lage im Innern, wie auch unsere Stellung in Deutschland nicht eine ganz andere gewesen sein, wenn wir seit 30 Jahren und länger, wie dies hätte sein können und sein sollen, im Besitze einer landständischen Verfassung gewesen wären, welche allen Ständen eine den Verhältnissen entsprechende Theilnahme gewährt und ihnen wirkliche Rechte eingeräumt hätte? Würde selbst die Herstellung einer erblichen Kammer, so unpopulär und dadurch zur Unmöglichkeit geworden sein, wenn der Geist einer englischen Pairie da sich gezeigt hätte und erfaßt worden wäre, wo die äußern Bedingungen dazu vorhanden waren? Das sind Dinge, die oft genug gesagt sind, aber die ins Gedächtniß zu rufen, es wahrlich schon wieder Noth thut. Dinge, von welchen wir wünschen, daß es genügen möge, sie nur andeutend berührt zu haben, da es uns wahrlich nicht darum zu thun ist, aus alten Sünden neue Waffen schmieden zu wollen; unser höchstes Streben geht vielmehr dahin, eine friedliche Entwicklung unserer Zustände zu fördern und zu sichern. Darf man aber auf eine solche hoffen, wenn man schon wieder den Constitutionalismus wie ein Jakobinerthum zu behandeln anfängt? Konstitutionelle, Demokraten, Steuerverweigerer, alles durcheinander wirft? Wenn man sich Organe schafft, die, wie der Zuschauer der Kreuzzeitung mit aristokratischer Gesinnung Gemeinheit, mit spezifischem Christenthum Galle und

Geifer gegen die politischen Gegner zu vereinigen wissen? die es mit der beanspruchten Vaterlandsliebe vereinigen können, den politischen Zwiespalt, durch Hervorrufen persönlicher Erbitterung, zur verderbenden Flamme anzufachen; den Kampf der Parteien in einen Krieg der Personen zu verwandeln? Ja, es ist unsere tiefste Ueberzeugung, daß Sittlichkeit die einzige wahre Grundfeste der Staaten ist, daß unser höchstes Streben dahin gerichtet sein muß, diese in allen Klassen zu beleben, Adel der Gesinnung, so weit es die schwache Kraft vermag, in uns selber und durch unser Beispiel bei Andern zu erwecken; darum empört uns ein Machiavelismus, der, um seiner Ansicht Geltung zu verschaffen, die Gegner in den Noth zu ziehen sucht; darum empört uns ein Verfahren, das die verworlichsten menschlichen Schwächen, Schadenfreude, Lust am Skandal u. s. w. auszudeuten strebt und ihnen so stets neue Nahrung zuführt. Wilda.

** Breslau, 1. November.

Der ministerielle Lloyd in Wien wird liberal, d. h. für Preußen, nicht für Oesterreich! Dem ministeriellen Journal scheint in der Freude über die Heldenthaten der Haynau u. d. Muth zu wachsen, es nennt die konstitutionellen Staatsmänner in den preussischen Kammern „eine Race fromm gesinnter, fügsamer und verträglicher Menschen“ und es vernimmt schon das Grabgeläute aller konstitutionellen Freiheiten in Preußen. Welch ein merkwürdiges Gehör! Das Knallen der österreichischen Büchsen, die die edelsten Kämpfer für Nationalität und Freiheit zu Boden strecken, durchdringt das schwerhörige Journal nicht, aber für das Grabgeläute der konstitutionellen Freiheiten in Preußen ist es äußerst feinhörig. Die Vernichtung aller Menschlichkeit im eigenen Lande, die bluttriefenden Spuren des Kabinetts Schwarzenberg machen dem guten Journal keine Sorgen, aber die Reaktionsgelüste des Ministeriums Brandenburg verursachen ihm schlaflose Nächte.

Es ist für unsere konstitutionelle Freiheit besorgt, während es den Grausamkeiten in Oesterreich mit größter Seelenruhe zusieht. Wir weisen diese Theilnahme für unsere Freiheiten mit Unwillen zurück, denn sie ist eine schmachvolle Heuchelei. Kein Staat hat weniger als Oesterreich das Recht, uns guten Rath zu geben, und keinem Staate gebührt es mehr als Oesterreich, sein Haupt in Schande zu verhüllen, wenn die Reaktion in Deutschland um sich greift.

Doch wir sind im Irrthum. Der gute „Lloyd“ hat auch gar nicht unser Interesse im Auge, sondern das von Oesterreich. „Wir haben das tiefste Interesse daran, — so schließt der Artikel — daß die Ordnung in Deutschland und Preußen auf den festesten, das ist, auf konstitutionellen Grundlagen begründet werde, und haben jetzt größere Ursache zu erschrecken, als uns darüber zu freuen, wenn durch Mangel an Einsicht und Freisinnigkeit der Gewalthaber der innere Friede jenes Landes auf die gefährlichste Weise in Frage gestellt wird.“ — Allerdings muß dem Kabinet Schwarzenberg viel daran liegen, daß die Ruhe in den Nachbarländern nicht gestört werde, damit es seine Blutwirthschaft mit um so größerer Ruhe fortführen könne!

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

II. Kammer. 45. Sitzung vom 31. Oktober.

Präsident: Graf Schwerin. Am Ministertisch: Freiherr v. Manteuffel, Simons, v. Ladenberg, v. d. Heydt, v. Rabe, v. Strotha.

Tagesordnung: Zunächst Verlesung der Interpellation des Abg. v. Pokrzywnicki: Die Wahl des Dr. Liebelt im Kreise Bromberg sei am 9. August d. J. beanstandet worden, weil der Gewählte sich noch nicht über die Wahl der Annahme erklärt hatte. Der Dr. Liebelt habe kurze Zeit nachher erklärt, daß er die Wahl nicht annehme. Nichtsdestoweniger sei bis jetzt (nach fast 3 Monaten) eine Neuwahl im Kreise Bromberg nicht erfolgt. Minister v. Manteuffel antwortet auf diese Interpellation: nachdem die Erklärung eingegangen sei, daß der Gewählte die Wahl nicht angenommen habe, sei von hier aus an die Regierung

zu Bromberg verfügt worden, die Neuwahl vornehmen zu lassen. Die Regierung habe nun wieder rückgefragt, ob auch eine Neuwahl aller Wahlmänner stattfinden müsse. Er habe nun vom Präsidium die Akten eingefordert und die Bromberger Regierung sei nunmehr angewiesen, ohne eine Neuwahl der Wahlmänner anzuordnen, von den alten Wahlmännern die Wahl eines Abgeordneten alsbald vornehmen zu lassen.

Fortsetzung der Berathung des Kommissionsberichts über Titel II der Verfassung.

Art. 40: „Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablösbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet.“

Die Kommission beantragt nach Vorgang der ersten Kammer die Annahme desselben mit folgendem Zusatz:

„Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, zulässig.“

Abgeordneter von Bodelschwingh spricht sich dagegen aus, daß man in der Verfassung erkläre: „die Theilbarkeit des Grundeigenthums ist gewährleistet.“ Ein großes Grundstück mit großem Kapital bewirtschaftet, werfe auch einen großen Gewinn ab, während die Zerstückelung des Grundeigenthums in kleine Parzellen der Landwirthschaft offenbar nachtheilig sei. Ostrath hebt hervor, wie durch die möglichst große Theilbarkeit des Grundeigenthums eine Verringerung des Proletariats herbeigeführt werden könne.

v. Klützow: Es handle sich hier nicht um die Frage über Theilbarkeit des Grundeigenthums, sondern um die Aufnahme einer Bestimmung, welche die Gesetzgebung beschränke.

Min. v. Manteuffel: Er stehe im Wesentlichen auf dem Standpunkte der Kommission. Wo man durch Beschränkungen die Theilbarkeit des Grundeigenthums habe verhindern wollen, seien Auswege gegen diese Beschränkungen gefunden worden. Die Lasten, die auf den Grundstücken hafteten, wären das größte Hinderniß für die Parzellirung. Wenn die Ablösung derselben eintrete, würde das Hinderniß weggeräumt. Das Stehenbleiben oder das Wegfallen der Worte: „die Theilbarkeit des Grundeigenthums u.“ sei im Grunde gleichgültig.

Udenhoven hält die beregten Worte in der Verfassung für nothwendig. Die Theilbarkeit des Grundbesitzes sei ein wesentlicher Faktor des Wohlstandes.

v. Peguillen für Streichung der Worte, man möge die ganze Angelegenheit der Spezialgesetzgebung überlassen.

Lenzing für den Kommissionsantrag, man brauche nicht zu fürchten, daß durch diese Bestimmung der Verfassung alle größeren Güter verschwinden würden. Beispielsweise führt der Redner Holland an.

Der Schluß der Debatte wird beliebt. Simson als Referent vertheidigt die Kommissionsfassung. Bis 1807 habe bei uns das Grundeigenthum eine so große Beschränkung der Theilbarkeit erlitten, wie kein anderes Eigenthum. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums sei aber in rechtlicher Hinsicht eben so theilbar als jedes andere Eigenthum. Der Redner distinguirt zwischen Theilung und Zerstückelung. Alinea 1 wird in der von der Kommission beliebten Fassung angenommen. — In der Diskussion über Alinea 2. (Art. 40) sprechen sich Schöppenberg und Winkler für die ursprüngliche Fassung vom 5. Dezember 1848 aus.

Robe: Der Feudalstaat sei durch die Souveränität der Könige gestürzt worden. Die moderne Verfassung erheische, daß auch die stehenden gebliebenen Ruten des Feudalstaates abgetragen würden.

Simson, als Berichterstatter der Kommission.

Alinea 3 des Art. 40 wird in folgender Fassung angenommen:

„Aufgehoben ohne Entschädigung sind:

a) Die Gerichtsherrlichkeit, die gutherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien. Bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-

Ordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizei-Verwaltung. — [Wird unter die transitorischen Bestimmungen gestellt.]

b) Die aus diesen Befugnissen aus der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassung herstammenden Verpflichtungen. — Mit den aufgehobenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, welche den bisher Berechtigten oblagen."

Alinea 3 wird in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung beliebt:

"Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstückes ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig, jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer Zins vorbehalten werden," und dazu der Zusatz der ersten Kammer: "Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen ist besonderen Gesetzen vorbehalten."

Man kommt in Verfolg der Tagesordnung nunmehr zu dem Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Klassensteuer-Befreiungen.

Wehner will Befreiung der Elementar-Schullehrer von der Klassensteuer; er will aber, daß hierdurch die Schullehrer keinesfalls ihr Wahlrecht verlieren. — Wink will ebenfalls die Befreiung der Lehrer von der Klassensteuer. — Stiehl für den Vorschlag der Kommission. Bei allem Mitgefühl für die Noth der Elementarlehrer wolle er keine Exemption für die Lehrer, die in allen öffentlichen Verhältnissen mit dem Volke auf gleichem Niveau stehen müßten. Bei Gelegenheit des Unterrichts-Gesetzes möge man den Lehrern helfen, nicht aber durch vorgeschlagene Steuerbefreiung. — Pochhammer als Referent spricht sich gegen eine Befreiung der Schullehrer von der Klassensteuer aus.

Der Antrag der Kommission, dem Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der Klassensteuer-Befreiungen, ihre Zustimmung mit der Maßgabe zu ertheilen, daß das gedachte Gesetz mit dem 1. Januar 1850 zur Ausführung gebracht werde, wird zum Beschluß erhoben.

(Schluß 4¼ Uhr, nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.)

Potsdam, 30. Oktbr. Seine Majestät der König sind von Blankenburg nach Schloß Sanssouci zurückgekehrt.

Berlin, 31. Oktbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Ober-Hütten-Inspektor Schirmeister zu Hegermühle den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; sowie dem Amtsrath Lüder zu Ratzenburg im Königreich Hannover den rothen Adlerorden dritter Klasse zu verleihen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Karl ist, von Blankenburg kommend, hier wieder eingetroffen.

(Bekanntmachung.) Die Königl. General-Direktion der Seehandlungs-Societät hat uns autorisirt, die in der 17ten Ziehung ausgelosten 9000 Seehandlungs-Prämien-Scheine, welche am 15. Januar 1850 zahlbar werden, schon von heute ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr gegen Vergütung von 3½ Prozent Zinsen pro Anno einzulösen, wovon wir das bereitwilligste Publikum hierdurch in Kenntniß setzen. Berlin, den 31. Oktober 1849. Haupt-Seehandlungs-Kasse.

Berlin, 31. Oktbr. [Verwaltungsrath.] Das Ergebnis der Verhandlungen, die bis zum 10. d. M. in dem Verwaltungsrathe der verbündeten Regierungen stattfanden, ist (in der Bresl. Ztg.) mitgetheilt worden. Gegenwärtig kann diese Mittheilung dahin ergänzt werden, daß am 12. Oktober der Beitritt der freien und Hansestadt Lübeck zu dem Bündnisse vom 26. Mai d. erklärt, diese Erklärung am 15. Oktober ratifizirt und die Ratifikations-Urkunde am 23. Oktober d. bei dem Verwaltungsrathe eingereicht wurde. Demnach sind die deutschen Hansestädte dem Bündnisse jetzt sämmtlich beigetreten. (Die über den Beitritt Lübecks stattgefundene Verhandlung wird in dem Staats-Anzeiger ausführlich berichtet.)

Der Bundes-Anschluß des Fürstenthums Schaumburg-Lippe ist durch dessen Bevollmächtigten, den Regierungen-Rath Capaun-Karlowa in der Sitzung vom 9. Oktbr. zu Protokoll erklärt, und mittelst des halb ausgestellter Ratifikations-Urkunde vom 19. Oktober d. definitiv vollzogen worden. — Die bereits am 26. Juli d. erfolgte Beitrittserklärung des Herzogthums Sachsen-Meiningen hat am 24. Oktbr. d. ebenfalls die Ratifikation erhalten. Die Ratifikations-Urkunde wurde am 26. Oktbr. übergeben. Die thüringischen Staaten sind demnach gegenwärtig sämmtlich Mitglieder des Bündnisses. — Im Verwaltungsrathe sind als Bevollmächtigte beauftragt: für die freie und Hansestadt Lübeck, der Syndikus Dr. Elder; für das Fürstenthum Schaumburg-Lippe, der Regierungen-Rath Capaun-Karlowa und in dessen Abwesenheit der herzoglich braunschweigische Bevollmächtigte,

Legations-Rath Dr. Liebe; für das Herzogthum Sachsen-Meiningen, der Staatsrath Seebach.

(St.-Anz.)

△ Berlin, 31. Okt. [Ueber die erste Kammer.] Die erste Kammer zählt gegenwärtig 163 Mitglieder. Hierunter befinden sich:

1. Minister (im Amte und außer Dienst) . . .	21
2. Gesandte	2
3. Ober-Präsidenten, Präsidenten, General-Direktoren	18
4. Ministerial-, Ober-Revisions-, Ober-Regierungs-, Ober-Konsistorial- und Ober-Bergräthe	25
5. Appellations-Gerichts-, Regierungs-, Konsistorial-, Domainen-, Kreisgerichts-, Justiz-Räthe, Polizei- und Kammer-Direktoren, Bürgermeister und Stadträthe	30
6. Landräthe	7
7. Stabs-Offiziere	8
8. Professoren u. Direktoren von Lehranstalten	6
9. Rechtsanwälte	3
10. Gutbesitzer	28
11. Banquiers, Kaufleute und Fabrikbesitzer	12
12. ein Arzt, ein Dekonom, ein Mühlenbesitzer	3
zusammen	163

Von Adel sind 80, bürgerlichen Standes 83; den Dokortitel führen 13; an ursprünglich gewählten Mitgliedern sind noch vorhanden 115, durch Neuwahlen zugetreten 48.

Durch diese Neuwahlen in Verbindung mit der jetzt herrschenden politischen Auffassung ist die Parteistellung in der Kammer eine ganz andere geworden, so daß es nicht auffallen kann, wenn die sogenannte liberale Partei gegenwärtig immer mehr Terrain verliert.

Seit dem Wieder-Zusammentritte der Kammer lassen sich im Wesentlichen fünf Fraktionen unterscheiden, nämlich:

1. Aeußerste Rechte: v. Gerlach, Stahl, v. Bethmann-Hollweg, Graf York, Graf Schlieffen, Graf Hochberg, Graf Schweinitz, v. Canitz, Uhden, von Manteuffel und Andere.
2. Rechtes Centrum: v. Jordan, Walter, Graf Ikenplig, Bötticher, v. Hertefeldt, Ritter, Graf Rittberg, Matthie und Andere.
3. Centrum: v. Avenleben, v. Wigleben, von Bonin, Dietrich und Andere.
4. Linkes Centrum: v. Wittgenstein, Baumstark, v. Brünneck, v. Ammon, Lammann, Dahlmann, Wächter, v. Tepper, Milde, Krieger, Fied, Köster, v. Oppen, v. Winke, Freiherr v. Arnim, Graf Hompesch, v. Rönne, v. Bernuth, Emunds, Mengel, Wallach, Diergardt, Böcking und Andere.
5. Aeußerste Linke: Gierke, Kuh, Fischer, Striethorst, Burmeister, Martins, Wulfsheim und Andere.

Von diesen Fraktionen hat, so viel bekannt geworden, nur die als linkes Centrum bezeichnete Fraktion ein Programm aufgestellt. Dasselbe ist vom 18. April d. J. datirt und schon früher veröffentlicht worden. Nach Ausweis desselben wird von der genannten Fraktion nicht bloß das Recht der Zustimmung zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats, sondern auch das Steuerbewilligungs-Recht auf Grund des Gesetzes vom 6. April 1848 in Anspruch genommen und demgemäß eine Abänderung der Art. 98 und 108 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. verlangt. Als es bei der Beschlußnahme über diese Artikel darauf ankam, diese Bestimmung des Programmes zur Anwendung zu bringen, stellte sich bei mehreren Mitgliedern der Fraktion eine abweichende Ansicht heraus und veranlaßte dieselben, aus der Fraktion auszuscheiden. Hierzu gehören: v. Keltch, Bornemann, Bergmann, Goldammer, Mähle, v. Olfers, Knoblauch, Karl, Lange, Wodiczka und Andere. Es verlautet, daß diese Herren mit einigen anderen Kammermitgliedern eine neue Fraktion zu bilden beabsichtigen, welche der Fraktion v. Wittgenstein-Baumstark am nächsten stehen dürfte.

Von den schließlichen Abgeordneten zur ersten Kammer haben gegen den ersten Satz im Art. 108 unter Anderen gestimmt: v. Winke, Wächter, v. Tepper, Milde, Köster, v. Rönne, Kuh, Pinder, Fischer, Burmeister; für denselben: v. Keltch, Bornemann, Graf v. Brandenburg, Cottenet, bi Dio, v. Gaffron, Graf Hochberg, v. Jordan, Graf Limburg-Styrum, Matthie, Graf Pückler, Graf Rittberg, Graf Schlieffen, Graf Schweinitz, Stünzner, Uhden, Wodiczka, Graf York u. A.

A. Z. C. Berlin, 31. Oktober. [Aus den Kammer.] Die heutige Sitzung der zweiten Kammer war eine wahre Schatzgrube von Breite und Langweiligkeit, trotz der wichtigen auf der Tagesordnung befindlichen Gegenstände. Die Redner excellirten in geistloser Schwägigkeit und die Kammer befand sich dieser gegenüber in einer Theilnahmlosigkeit, welche durch die Ausartung der Privatunterhaltung die Klingel des Präsidenten mehr als einmal in Bewegung setzte. Auf der Tribüne bemerkte man den jungen Prinzen Friedrich Wilhelm anwesend, der einige

Zeit muthig aushielt. Gleichwohl faßte die Kammer den eben so wichtigen, als unerwarteten Beschluß, den Artikel 40 aufrecht zu erhalten, dagegen die Abänderung, welche derselbe erst nach zweitägiger Debatte und einem harten Kampf in der ersten Kammer empfing, zu verwerfen. Jemehr indeß die Fassung in der ersten Kammer auf das eigene Interesse der großen Grundbesitzer berechnet war, um so weniger ist hier eine Nachgiebigkeit zu erwarten. Hoffentlich wird man in diesem Falle nicht von der Bestimmung abweichen, daß für den Fall einer Nichteinigung der drei Gewalten der Text der Verfassungsurkunde in Kraft bleibt. Fast mehr noch als bei diesem Punkte dokumentirte sich die Unaufmerksamkeit der Kammer bei dem Steuer-Gesetz. Es war ein Drängen, damit zu Ende zu kommen und die Sache wurde recht eigentlich, wie man zu sagen pflegt, übers Knie gebrochen. Man hatte die Vertagung um drei Uhr abgelehnt; aber man wollte nun auch bis um 4 Uhr mit dem Gesetz fertig werden, damit die Suppe nicht warte. Leider ist die Sache der Elementarlehrer viel zu flüchtig behandelt. Man brauchte sie nicht aufs neue zu bevorzugen; aber man konnte ihrer georgängten Lage wohl eine transitorische Berücksichtigung auf so lange ange-deihen lassen, als der Staat ihnen die zugesagte Verbesserung schuldet. Dies war der Sinn der Amendements, von denen man gewiß bei sorgfältiger Prüfung eines angenommen hätte, statt nur mit Stiehl'schen Theorien, von denen sich wahrlich kein Elementarlehrer satt ist, die Sache zu Boden zu schlagen. Hoffentlich wird die Kammer jetzt um so ernstlicher auf die Sicherstellung der Lage jener so einflussreichen Klasse der Staatsgesellschaft bedacht sein! — Auch in Betreff des Artikels 105 von der sogenannten Ministerialgesetzgebung dürfte zwischen den beiden Kammern keine Einigung zu Stande kommen. Bekanntlich hat dieser Artikel in beiden Kammern Abänderungen erfahren. Wie wir aber jetzt vernehmen, soll der Central-Ausschuß in der ersten Kammer bereits beschloffen haben, derselben das Festhalten an den eigenen Beschloffen zu empfehlen. Sieht nun die zweite Kammer nicht nach, so wird es hier wahrscheinlich eben so gehen als bei Art. 108. Die beiden meist angefochtenen Artikel bleiben unverändert in der Verfassung stehen.

[Der Prozeß des Lieutenant v. Mausewisch] wegen des angeblichen Mordanfalles gegen den Redacteur der Neuen Preussischen Zeitung, Affessor Wagner, ist nun endlich definitiv entschieden worden. Das aus Garde-Kavallerie-Offizieren bestehende Kriegsgericht, vor welches Herr v. Mausewisch schon vor längerer Zeit nach seiner Charge und den gesetzlichen Bestimmungen gestellt worden war, hatte dahin erkannt, daß derselbe nur mit Anrechnung des erlittenen Untersuchungs-Arrestes zu bestrafen und mit weiterer Strafe zu verschonen sei, weil die von ihm zugefügten körperlichen Beschädigungen nur sehr unbedeutend waren und er unzweifelhaft gereizt worden war. Das General-Auditorat hat dieses Erkenntniß aber nicht bestätigt, und es ist ein neues Kriegsgericht aus anderen Offizieren zusammenberufen worden, welches den Herrn v. Mausewisch nun wegen schwerer Körperbeschädigung zu einem Jahr Festungsarrest, jedoch ohne Ehrenstrafen, verurtheilt hat. Derselbe ist daher vor einigen Tagen plötzlich verhaftet und nach der Festung Magdeburg abgeführt worden. (Voss. Z.)

A. Z. C. Berlin, 31. Oktober. [Tagesbericht.] Der aus der Vossischen Zeitung bekannt gewordene Besuch des Ministers Manteuffel in der kleinen Weißbierstube von Schluder, in der Lindenstraße Nr. 44, in welcher derselbe vorgestern in Begleitung des bekannten Kaufmanns Malmene eine „Weißer“ trank und sich dabei mit den politisirenden Bürgern unterhielt, bildet jetzt das Hauptgespräch dieser ganzen Gegend. Der Wirth hat sofort das Glas, aus welchem der Minister trank, außer Gebrauch gesetzt, und den Namen desselben einschleifen lassen. Dasselbe ist öffentlich zur Schau ausgestellt. Merkwürdig: Louis Bonaparte besuchte die Werkstätten der Vorstadt und der preussische Minister des Innern die Weißbierstuben der Vorstadt. Die überschwengliche Darstellung dieses Ereignisses in der Vossischen Zeitung giebt übrigens selbst der konstitutionellen Zeitung in ihrem Feuilleton zu sehr sarkastischen Bemerkungen Gelegenheit. — Das hiesige königliche Post-Zeitungs-Komptoir bleibt vorläufig nach Verwerfung aller Reorganisations-Vorschläge in dem statu quo; nur dürften höher stehende Beamte dieses Bureaus demnächst in den Ruhestand treten. Die große Zahl der Postbeamten, welchen, wie wir meldeten, unter dem 28. September d. aufgegeben worden war, ihre hiesigen Wohnungen zu Neujahr aufzulandigen, haben bis jetzt über ihre künftige Bestimmung noch keinen Bescheid. Die betreffenden Verfügungen sollen jedoch dem Handels-Minister schon zur Unterschrift vorliegen. — In der nächsten Zeit wird der neue k. bairische Gesandte, Baron v. Matzen, bisher in Stuttgart, hier eintreffen, bis dahin vertritt der Geschäftsträger, Herr v. Niedener, die Geschäfte der Gesandtschaft. — Der Professor Stahl, der bekannte Abgeordnete der ersten Kammer, welcher seine Vorlesungen an der hiesigen Universität so eben begon-

nen hat, hatte vorgestern das Unglück, als er über Privat- und Fürstenrecht las, von seiner Zuhörerschaft durch ein sehr ironisches Gelächter gestört zu werden. Es gab ihm dies Veranlassung zu der Bemerkung, daß er es für nöthig erachte, recht oft an dieser Stelle seine politische Meinung kund zu geben. In den nächsten Tagen wird er seine Vorlesungen über die Verfassung Nordamerika's beginnen, auf welche die Studentenschaft namentlich sehr gespannt ist. — Folgender Vorfall bildet einen durchaus verbürgten Beitrag zu dem bereits mehrfach gerügten Greiferberechnungssystem des österreichischen Gouvernements. Ein intermistischer im Dienste der Pforte gestandener Preuze erhielt bei seiner Rückkehr aus Konstantinopel nach Deutschland im Herbst dieses Jahres, eine Depesche vom türkischen Ministerium an den preussischen Gesandten in Wien. Am Bord des, dem österreichischen Lloyd gehörigen Dampfschiffes, nahm ihm der Kapitän die Depesche unter dem Vorgeben ab, sie ihm in Triest wieder zustellen zu wollen. Dies geschah aber nicht, vielmehr erklärte der Kapitän, die Depesche bei der Polizei abgegeben zu haben. Die Polizei behauptete auf angestelltes Nachfragen von der ganzen Sache nichts zu wissen und es ermittelte sich erst nach vieler Mühe, daß die Depesche zur Post gegeben sei. In Wien gelangte sie denn auch in die Hände der preussischen Gesandtschaft, aber erbrochen und eines Aktenstückes beraubt. Der Preuze, eine durchaus achtbare und zuverlässige Persönlichkeit, befindet sich jetzt hier in Berlin. Wir knüpfen daran die Frage, ob und welche Genugthuung die preussische Regierung fordern wird? — Mehrere preussische Beamte aus dem auswärtigen Ministerium, welche mit den Angelegenheiten der Fürstenthümer Neuenburg und Valendis sehr vertraut sind, haben sich jüngst in einer besonderen Mission von hier dorthin begeben. — Das neue Ballet: „Das schöne Mädchen von Gené“, welches gegenwärtig hier einstudiert wird, und im Laufe des November zur Aufführung kommt, wird eins der glänzendsten sein, das seit Jahren in Berlin gesehen worden ist. Fräulein Lucile Grahn wird in demselben einen Glanzpunkt bilden.

[In die neueste Geschichte der kommerziellen Verbindungen des preussischen Staats] gehören die Bemühungen, welche die Regierung, wie mehrere Handelsgesellschaften und einzelne Industrielle schon seit mehreren Jahren darauf verwendeten, unseren Verkehr bei den Vortheilen zu betheiligen, welche Oesterreich vor dem Ausbruch der Insurrektion in Ungarn durch die Benutzung der Donau zur Dampfschiffahrt und durch die regelmäßigen Fahrten der Triester Dampfschiffe im Orient gefunden hatte. Der zu seiner Zeit nicht ohne Ostentation publizierte Plan der Gesellschaft für den Handel an der untern Donau, dem Gallacz als Entrepot dienen sollte, scheiterte, eben so hat die Einsetzung eines preussischen General-Konsulates für die Donaufürstenthümer in Jassy keine wesentlichen Vortheile, trotz aller redlichen Bemühungen und aller Umsicht des wackeren Geheimenraths Reigebaur und eben so wenig die Bestrebungen seines Nachfolgers, des Herrn v. Richthofen, gebracht. Auch der letztere ist wenig erbaut von den dasigen Zuständen, ja mit der Ueberzeugung, daß für uns wenig und gar nichts in jenen Provinzen zu thun ist, zurückgekehrt. Nun aber hatte unsere Regierung, um kein Mittel unversucht zu lassen, unserer Gesandtschaft in Konstantinopel einen Kommiss für die diplomatisch-kommerziellen Verhältnisse und Verhandlungen in der Person eines Herrn Lewenhagen beigelegt. Dieser ist nun, nach einem uns nicht näher bekannt gewordenen Wirken, von Konstantinopel als diesseitiger General-Konsul nach Rotterdam versetzt worden. Dieser mit einem ansehnlichen Gehalt gegründete Posten ist erst begründet worden, als die neuesten eingegangenen Verträge über die Vereinigung zu einem engeren deutschen Bunde, eine erweiterte Vertretung von preussischer Seite in den Verhältnissen der Gesandtschaften und Konsulate in Aussicht stellten. Um Herrn Lewenhagen in Konstantinopel zu ersetzen, ist vor einigen Tagen ein Herr Spiegelthal in den Orient abgegangen. (H. E.)

C. C. Gestern übersandte der Prinz von Preußen dem Komponisten Hoff für die ihm gewidmete Komposition „das National-Eigenthum“ eine silberne Medaille mit dem Bildnisse des Prinzen auf der einen und der mit einem Lorbeerkranz umgebenen Jahreszahl „1849“ auf der andern Seite. — Herr v. Meyering, ehemaliger Hofmarschall, wird die Königin nach Wien begleiten. — Sonnabend wird die Hubertus-Jagd in Grunewald stattfinden, an welcher auch der König Theil nehmen wird. — Dem Vernehmen nach wird die Regierung den Kammern eine Vorlage über die Acquisition der Fürstenthümer Hohenzollern machen, um ihre Zustimmung vor der definitiven Ratifikation einzuholen. — Art. 2 der Verfassung scheint hierbei zum ersten Male in Anwendung zu kommen.

[In der heutigen Schwurgerichts-Sitzung wurde der Prozeß der Herren Dr. Heilberg und Steinthal, Redakteur und Herausgeber der demokr. Correspondenz, aufs Neue nach Maßgabe des § 18 des Gesetzes vom 30. Juni d. J. verhandelt. Auf den Antrag des Staats-Anwaltes, eine neue Untersuchung über zwei inkriminierte Stellen der betr. Correspondenz einzuleiten, ging der Gerichtshof nicht ein, da heute gleich auf Grund der früheren Voruntersuchung, in Folge deren die Angeklagten nach § 151 des Allg. Land-Rechts zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurtheilt wurden, zu entscheiden sei. Trotz der glänzenden Vertretung des Advok. Anw. Dorn und trotz dem der Gerichtshof erkennt, daß § 151 des Allg. Land-Rechts sehr weit gefaßt und § 18 des Gesetzes vom 30. Juni d. J. nur zum Theil in jenem enthalten sei, erklären die Geschwornen beide Angeklagten für schuldig. Der Staatsanwalt trägt auf eine weitere 4monatliche Gefängnisstrafe für Dr. Heilberg an, der Gerichtshof erkennt jedoch demselben für jeden einzelnen Fall seines Vergehens nur eine 1monatliche, im Ganzen also 2 Monat Gefängnisstrafe zu, welche bereits durch längere Haft abgebußt, weshalb der Angeklagte zu entlassen sei und die Kosten niederzuschlagen sind. Der Angeklagte Steinthal wurde freigesprochen, weil der Verfasser der inkriminierten Artikel sich im Bereich der richterlichen Gewalt befand. — Das Publikum begrüßte das Erkenntnis des Gerichtshofes, durch welches das Schuldig der Geschwornen bedeutend gemildert wurde, mit Zeichen des Beifalls.

P. C. Berlin, 31. Okt. [Gesellschaft für Handel und Gewerbe.] Die zweckmäßigste Verwendung der Arbeitskräfte in den Gefangenhäusern war die Tagesfrage, die um so mehr interessiert, weil von vielen Orten Petitionen der Handwerker an die Kammern einkamen, um diese Konkurrenz auf dem inländischen Markte zu beseitigen. — Naturgemäß erscheinen die ländlichen Beschäftigungen. Dagegen wurde eingewendet: daß wenige Strafanstalten eine so isolierte Lage haben, und außerdem die Bewachung eine sehr schwierige sei. Eigene Verbrecher-Kolonien sind erfahrungsmäßig nicht rathsam; die Versuche, welche Holland in dieser Hinsicht mit großen Kosten machte, sind gescheitert. — Berichtete wurde: daß im Staate New-York die Gefangenhäuser vollständig organisierte Werkstätten für alle Gächer seien. Ferner: daß Belgien durch die Ereignisse des Jahres 1848 gedrängt, mit Erfolg Artikel für die Ausfuhr über See durch Sträflinge anfertigen ließe. Auch für Preußen erscheint zu diesem Zwecke die Fabrikation von Segeltuch, groben Baumwollenwaaren, Futterzeugen, Kleidungsstücken, Möbeln u. s. w. sehr passend. Die Seehandlung dürfte dazu geeignet sein, den Export einzuleiten und würden sich alsdann leicht Unternehmer finden, um das Angefangene fortzusetzen; denn der Staat selbst kann nicht als Kaufmann auftreten. — Ohne regelmäßige Arbeit ist es unmöglich, in den Gefangnissen die Ordnung zu erhalten und die Moralität zu heben. Der Staat wird also immer Unternehmer bedürfen, welche gegen gewisse Lohnsätze die Arbeitskräfte benutzen. — Als sehr passende Arbeit wurde der Wollkämmerei erwähnt, wozu sich Gefangnisse, der Lokalitäten wegen, besser eignen, als die engen Wohnungen der einzelnen freien Arbeiter! Ohne zweckmäßige Ventilation ist der sich entwickelnden Gase wegen die Arbeit ungesund. Auch der sonst so häufige Wollbiefahl wird in den Gefangnissen vermieden. — Will die Regierung den Bittschriften der Arbeiter gegenüber eine Konfession machen, so schreit allerdings die Fabrikation grober Artikel zur Ausfuhr als ein sehr geeignetes Mittel. — Vielleicht böte die Kolonisationsgesellschaft einen Anhaltspunkt.

ß. Königsberg, 29. Oktober. [Eine neue Untersuchung. — Der Bahnhof.] Während der allgemeinen Aufregung in den Märztagen des vorigen Jahres war es hier bekanntlich vorgekommen, daß die Herren Dr. Jacoby, Waleck und Malmros die Brief-Pakete der von Berlin eingegangenen Posten in dem betreffenden Postbüro durchgesehen und verschiedene Dienstbriefe an den kommandirenden General, den Oberpräsidenten und an einige andere höhere Beamte an sich genommen hatten. Sie hatten sich alsdann mit den Briefen zu den resp. Empfängern begeben und die Mittheilung des Inhalts derselben verlangt, welches Verlangen der kommandirende General bestimmt zurückgewiesen — dem indeß der Ober-Präsident Böttcher gewillfahet hatte. Die Untersuchung wegen dieses Vorfalles ist gegen die Betheiligten eingeleitet und Dr. Jacoby vorgestern hierüber vernommen worden. Wie es heißt, geht seine Auslassung dahin, daß er mit Genehmigung und im Beisein des Hofpostmeisters diese Prozedur vorgenommen, die durch die damaligen Zeitumstände genugsam gerechtfertigt sei. — Während der Anwesenheit des Regierungsbevollmächtigten, Baurath Wiebe, ist definitiv bestimmt worden, daß der Bahnhof zur berliner Eisenbahn in der Nähe des brandenburger Thores, auf die vom Philosophen-Damme umschlossene Wiesenfläche gelegt werden soll. Die notwendige Auffüllung dieser Fläche um etwa 13 Fuß wird größtentheils durch Lösung von Ballast bewirkt werden.

Prz. C. Königsberg, 29. Okt. Der Beschluß der Stadtverordneten von Tilsit, dem Appellationsgerichts-Direktor Temme das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, hat der dortige Magistrat seinen Beitritt verweigert. Er stützt sich dabei auf § 22 der Städteordnung, wonach Niemand das Bürgerrecht gewinnen könne, der wegen Verbrechen in Kriminal-Untersuchung sei, also auch dem ic. Temme vor beendeter Kriminaluntersuchung das Ehrenbürgerrecht nicht zu Theil werden dürfe. — Der Staatsminister und Oberpräsident Flottwell ist gestern von einer Reise, behufs Inspicirung von Schauffeebauten u. s. wieder zurückgekehrt. — Wie man hört, soll die Voruntersuchung gegen Jacoby in Betreff seiner Betheiligung an dem Stuttgarter Parlament bereits beendet sein. — Auf unseren Getreidemärkten will sich noch immer kein Leben zeigen, obgleich die neuesten Berichte etwas günstiger lauten. Die Zu-

fuhren sind noch überall sehr mittelmäßig. Die Spitzpreise sind im Steigen begriffen, da die Nachrichten über die Kartoffelernte sich nicht günstiger anlassen. Die Ausbeute ist in vielen Theilen der Provinz sehr gering, die Knollen sind klein und meistentheils sehr fleckig, auch hat der Frost, welcher in der Mitte des Monats eintrat, Schaden verursacht. Vornemlich klagt man über große Verluste aus der Gegend von Elst und Memel, doch scheinen auch in unserer Nähe wie in Westpreußen die Einbußen nicht unerheblich zu sein.

Münster, 27. Oktober. [Der Konflikt zwischen den katholischen Bischöfen und der preussischen Regierung] macht hier augenblicklich viel von sich zu reden, um so mehr, da heute als ganz sicher erzählt wird, die Regierung sei bereits thätlich eingeschritten, um die Anerkennung ihrer Anordnungen zu erzwingen. In Ihrem Regierungsbezirk in Gasdonk bei Goch hat der Bischof von Münster nämlich ein Seminar begründet und einen Dr. Perger, einen ehemaligen Lehrer des hiesigen Gymnasiums, dort ohne Genehmigung der weltlichen Behörde angestellt. Von der Regierung zu Düsseldorf soll nun Herr Perger durch Gensdarmen an der ferneren Amtsführung verhindert sein. (S. Wesel.) Ein ähnlicher Fall bereitet sich hier vor, indem der Bischof von Münster einen Lehrstuhl der katholischen Fakultät in gleicher Weise eigenmächtig besetzt hat. — Die Volksstimmung ist hier auf Seiten der Kirche, jedoch nicht in dem Maße und der Wärme der Sympathie, wie sich nach den Vorgängen, gelegentlich der Kölner Wirren, hätte erwarten lassen. (Wesf. M.)

Wesel, 25. Oktober. [Das Kollegium wird geschlossen.] So eben geht hier die Nachricht ein, daß das in unserer Nähe sich befindende Kollegium Ludgerianum zu Gasdonk auf höhern Befehl geschlossen ist. Näheres ist nicht bekannt. (Mosel-Stg.)

Paderborn, 29. Oktbr. [Traurige Zustände.] Wie sind faktisch jetzt im Belagerungszustande, obwohl er förmlich nicht ausgesprochen ist. Daß die Bürgerschaft Ruhe und Ordnung liebt und aufrecht zu erhalten vermag, zeigt der gestrige Abend. Am Tage zwar, wo eines kirchlichen Feiertags wegen eine große Menge Bauern in der Stadt waren, und die Husaren mit ihren Säbeln wieder in hellen Häufen durch die Straßen zogen, wäre eine abermalige blutige Schlägerei wohl möglich gewesen, da die Empörung über die verübten Gräuelt thaten sich noch in manchen Schimpfworten Luft machte und wie gewöhnlich bei solchen Anlässen die kleinen Buben am meisten Unruhe machten. Indessen gelang es dem Zureden der Bürger überall, einen Aufruhr zu vermeiden. Vom Dunkelwerden an waren die Straßen sogar leer. Die Bürgerwache hielt alle Zugänge zur Kaserne besetzt, und es herrschte die vollkommenste Ruhe, obgleich von der Kaserne her noch geworfen wurde und ein Mann vor seiner Thür von vorüberziehenden Husaren ohne Weiteres einen Säbelhieb in den Arm erhielt. — Es ward nun alles angewendet von den städtischen Behörden und andern, um wenigstens so viel zu erreichen, daß die Kriegesreservisten, von denen allein das Unheil ausgegangen, des Abends in der Kaserne zurückgehalten werden sollten. Eine Deputation der Stadtverordneten hatte sich zu dem Ende auch zum Oberpräsidenten der Provinz, Herrn v. Bodelschwingh, der hier eingetroffen, begeben. Aber vergebens. Von der Militärbehörde ist dem Magistrate angezeigt, daß heute Abend die Husaren nicht mehr in der Kaserne zurückgehalten würden, sondern daß Husaren-Patrouillen durch die Straßen ziehen, Militärs, welche sich unnütz machten, zur Kaserne bringen oder arretiren würden, — daß aber diese Militär-Patrouillen angewiesen seien, Civilpersonen, welche sie beschimpfen oder gar thätlich angreifen, zu arretiren und nöthigenfalls von den Waffen gegen sie Gebrauch zu machen. Der Magistrat hat dies durch Plakate, welche in die Häuser gebracht sind, bekannt gemacht. Welche neue Kränkung die Bürgerschaft in dieser Maßregel sieht, daß gerade die Husaren die Ruhe aufrecht erhalten sollen, ist leicht zu erklären. Es ist aber dennoch von der Bürgerschaft zu erwarten, daß sie heute Abend Jeder, der nicht anders muß, seine Angehörigen von der Straße fern hält, und jeder Anlaß zum Zusammenstoß mit den Militärs vermieden wird. Uebrigens soll die Kriminal-Untersuchung mit Ernst geführt werden; so daß die Schuldigen vielleicht der Strafe nicht entgehen. Und so hoffen wir denn endlich aus diesen widerwärtigen Zuständen wieder heraus zu kommen. (Nat.-Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 29. Okt. [Der Prinz v. Preußen in der Loge.] Se. k. H. der Prinz von Preußen brachte gestern über 3 Stunden in der hiesigen Loge Sokrates zur Standhaftigkeit zu, und schien sich sehr darin zu gefallen, eine Zeit lang in einem so harmlosen Kreise wohlmeinender Männer, fern von dem Trsal der Politik sich nur als Mensch unter Menschen zu fühlen. Seine Gegenwart, seine Persönlichkeit, die Worte, die er bei den verschiedenen Veranlassungen

sprach, machten den besten Eindruck auf die zahlreich versammelten Freimaurer aller hiesigen Logen, welche bei der Sitzung anwesend waren. Besonders fühlte man sich angesprochen, als der Prinz einen Volkslehrer, der bei der Sitzung aufgenommen worden war, mit aller Herzlichkeit umarmte und wahrhaft väterliche Worte an ihn richtete. Auch über die Begebenheiten im Vaterlande sprach er sich, so weit es die Gesetze dieser Verbindung erlauben, mit Freimuth und in sehr ansprechender Weise aus. Er verhehlte nicht, daß die militärische Ueberwältigung des badischen Aufstandes nur dann volle Beruhigung für die Zukunft gebe, wenn das Vertrauen auch in die Gemüther zurückgekehrt sein werde. Er bemerkte, daß es die Aufgabe der guten und besonnenen Bürger sei, darauf in ihren Kreisen hinzuwirken. Es wußten die Regierungen — das war ohngefähr der Sinn seiner Worte — sehr wohl die berechtigten Forderungen der Neuzeit anzuerkennen, aber es wäre zu wünschen, daß jeder in seinem Kreise dahin wirke, ungerechtem Mißtrauen gegen sie entgegenzuarbeiten. Ehe der Prinz die Versammlung verließ, unterhielt er sich noch auf das freundlichste mit allen den Männern, welche das Wort geführt hatten, und wir können mit Wahrheit sagen, daß die Stunden, welche er in diesem brüderlichen Kreise zubachte, auch in Beziehung auf die Stimmung vieler Bürger in wichtigeren als maurerischen Angelegenheiten, keine verlorenen waren. Möchten nur die Nachrichten von den Kammerverhandlungen in Berlin geeignet sein, dieser Stimmung das zu geben, was man in der neuesten Sprache eine breite Basis nennt!

[Tagesbegebenheiten.] Gestern Abend traf der neue Gouverneur der Reichsfestung Mainz, Erzherzog Albrecht, hier ein, nachdem einige Stunden früher Erzherzog Stephan bereits angekommen war. Eine Compagnie vom k. k. österreichischen Landwehr-Regiment Palombini bildete die Ehrenwache, die sich in ihren neuen Waffenrocken sehr gut ausnahm. Später spielte die Musik des bayerischen Jäger- und des Frankfurter Linienbataillons vor dem russischen Hofe, dem Absteigequartier des Erzherzogs. — Heute Vormittag hatte sich derselbe nach Mainz begeben, und zwar ohne Benutzung der Eisenbahn. Hochderselbe wird nur vierzehn Tage in Mainz verweilen, und dann nach Böhmen zurückkehren, um den Oberbefehl über das dortige k. k. Armeekorps zu übernehmen. Dem Vernehmen nach ist der k. k. österreichische Generalmajor v. Schirnding, Befehlshaber der hier stehenden Reichstruppen, zum Feldmarschall-Lieutenant ernannt und zum Divisionär in der Festung Temesvar bestimmt worden. Wer ihn hier ersetzen wird, ist noch nicht bekannt. — Der Vice-Gouverneur der Reichsfestung Mainz, FML. Graf Degenfeld, ist ebenfalls gestern Nachmittag hier eingetroffen, und hat sich heute mit dem Erzherzog Albrecht nach Mainz begeben. — Seine königl. Hoheit der Prinz von Preußen wird heute noch hier verweilen und morgen nach Karlsruhe reisen.

(D.-P.-A.-Z.)

Mannheim, 29. Oktober. [Aufhebung der Standgerichte.] In der Entschleßung Sr. k. Hoheit des Großherzogs vom gestrigen Tage heißt es, die vor das Standgericht gewiesenen, aber noch nicht abgeurtheilten Angeeschuldigten seien den Civilstraf- oder den Kriegs-Gerichten zuzuweisen. Hier in Mannheim und in Freiburg war über keinen Angeklagten ein Todesurtheil mehr zu fällen, nur in Rastatt sind noch 20 oder 21 so schwer Gravirte. — Die gleichzeitig erfolgte Auflösung des seit 1844 bestandenen Staatsrathes ist theils mit Gleichgültigkeit, theils mit Befriedigung aufgenommen worden.

Stuttgart, 28. Oktober. [Neues Ministerium.] Das Ministerium Römer, seit dem Austritt Duvernoy's schwankender als je, ist gestürzt, ein Ministerium, in seinen Hauptträgern mit vormärzlichen Namen, tritt an seine Stelle, ein Ministerium Schlager. Schlager selbst übernimmt das Innere, der frühere Finanz-Minister v. Herdegen abermals die Finanzen, der Oberst Bauer vom Generalstab den Krieg, Freiherr v. Wächter-Spittler das Auswärtige, Gerichts-Direktor v. Hänlein in Ulm die Justiz und den Kultus. Morgen Abend erwartet man das Programm der neuen Verwaltung. Verschiedene Versuche, das Ministerium Römer wieder zusammen zu leimen, erst mit Professor Reyscher, dann mit Rechts-Konsulent Mueschel, waren gescheitert. (Reform.)

Dresden, 30. Okt. [Ministerkrisis. Die sächsischen Zolleinnahmen. Abänderung des Ordensstatuts. Die neue Elbbrücke.] Mit vieler Bestimmtheit hört man seit gestern versichern, daß Hr. v. Ziesenheim, der Minister des Innern, in bestimmtester Mißbilligung des Verhaltens des Herrn v. Zeschau bei dem Verwaltungsrathe zur Niederlegung seines Portefeuilles fest entschlossen sein soll. Da dem Könige ein Versuch, denselben zum Verbleiben im Kabinete zu bewegen, misslungen sein dürfte, bezeichnet man (ob mit Recht, läßt sich noch nicht entscheiden) als seine Nachfolger im Ministerium des Innern den gegenwärtigen Finanzminister Herrn Behr,

der seinerseits sein Portefeuille an Herrn v. Zeschau, der es schon bis zum 16. März 1848 nicht ohne Auszeichnung verwaltete, abtreten soll. Ob zu diesem Gerüchte die Erörterungen, welche zwischen dem preussischen und sächsischen Ministerium über die Innebehaltung fälliger sächsischer Zollvereinsgelder eingetreten sind, in irgend welcher Beziehung stehen, darüber sind wir nicht näher unterrichtet. Thatsache ist, daß das preussische Finanzministerium unlängst dem sächsischen Finanzministerium die Eröffnung gemacht hat, daß es eine zur Auszahlung an Sachsen fällige Summe von 60,000 Thln. Zollvereinsentnahmen nicht verabsolgen, sondern im Hinblick auf die von Sachsen zu erstattenden Kosten der preussischen Hülfleistung innebehalten werde. Das sächsische Finanzministerium hat hierauf auf die vermeintliche Unzulässigkeit jene illiquide Forderung (d. h. die Kostenberechnung der preussischen Hülfleistung ist bisher der sächsischen Regierung noch nicht zugegangen und nach früheren offiziellen Erklärungen schien sie auf das gänzliche Ausbleiben derselben zu rechnen) durch eine liquide zu kompensiren, hingewiesen und „um gefällige Abführung“ seines Antheils an den Zollvereinsentnahmen gebeten. Die sächsische Regierung scheint diese weise Vorsicht des preussischen Finanzministeriums sehr übel zu empfinden und weist auf den Kredit hin, dessen sich Sachsen erfreue. Ohne denselben irgendwie in Abrede stellen zu wollen, empfiehlt sich doch der von Preußen eingeschlagene Weg durch seine Kürze und Sicherheit, und rechtfertigt sich überdies durch das kluge Verhalten, mit welchem sich Sachsen bisher von der Entrichtung seiner Matrikularbeiträge zur Gründung der deutschen Flotte fern zu halten verstanden hat. — Im ganzen Lande sind wiederum zahlreiche Ordensvertheilungen an Männer aus dem Beamten- und Bürgerstande, welche sich während der Mainzer Kämpfe als Stützen der Geseze erproben, vorgenommen worden. Der Civilverdienstorden wurde zu diesem Zwecke in einen Verdienstorden umgewandelt und das Ordensstatut dahin abgeändert, daß in die Rangstufe zwischen dem Ritterkreuz und der goldenen Medaille ein „Kreuz“ eingeschoben wurde, welches ohne Verletzung der Wohlstandigkeit auch von Handwerksmeistern, die sich als Communalgardenführer auszeichnen, getragen werden kann. — Unter großen Feierlichkeiten wurde heute der Schlussstein in die vom Baudirektor Lohse erbaute neue Elbbrücke, welche die Unterstadt mit der Friedrichstadt, und insbesondere den schlesischen und Leipziger Bahnhof mit der böhmischen Bahn verbindet, eingesezt. Die neue Brücke übertrifft die alte noch an Solidität und Schönheit; sie hat eine Breite von sechzig Fuß und über dem Stromspiegel zwölf herrliche Bögen von fünfzig Ellen Spannweite. Dann folgt am linken Ufer ein Viadukt von neununddreißig Bögen, der längs dem wirren Bette der Weiseritz hinläuft, welche aus dem Plauenschen Grunde kommend, hier in die Elbe einmündet, und nur in den Frühlingsmonaten oder bei starken Regengüssen im Gebirge mächtig anschwillt.

Heute tritt der Landtag zum ersten Male zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen. So viel sich bis jetzt übersehen läßt, wird die Regierung in beiden Kammern in Fragen der inneren Politik eine kleine Majorität für sich haben. Zwar kommen in der zweiten Kammer etwa 40 Kandidaten der radikalen Partei auf nur 30 der konservativen; allein es befinden sich unter den Ersteren nicht nur viele Männer von gemäßigter Färbung, sondern auch ein Duzend Suspendirte (Advokaten und Beamte), die gesetlich nicht wählbar sind und deshalb gar nicht zum Eintritt werden zugelassen werden. — In der deutschen Frage dagegen wird die Regierung auf eine starke Opposition stoßen, die um so gewichtiger sein wird, als Männer, wie von Carlowitz, Weinlig, Held u. s. w. an ihrer Spitze stehen. Auch ist sehr zu bezweifeln, ob das österr. Zollvereinsungs-Projekt die Wirkung haben wird, die Zahl der Gegner des Ministeriums in der deutschen Frage zu mindern. Die Geschenke, welche uns jenes Projekt in Aussicht stellt, glänzen noch in zu nebelhafter Ferne. Die radikale Partei scheint zwar bis jetzt den Rücktritt vom Dreikönigsbündniß billigen zu wollen. Indessen, wie es sehr leicht möglich, daß sie im letzten Augenblicke umschläge, wie sie es früher gethan hat, als sie plötzlich die Anerkennung der frankfurter Reichs-Verfassung auf ihr Banner schrieb, die sie bis dahin aufs Nachdrücklichste bekämpft hatte. Die 50,000 österreichischen Bajonnette an der böhmischen Grenze und die Nachricht, daß Preußen eine ansehnliche Rechnung wegen geleisteter militärischer Hülf im Mai eingereicht habe, sind wenigstens ganz geeignet, diese Partei über ihre Opposition gegen den Bundesstaat nachdenklich zu machen. Uebrigens können sich die Freunde dieses Letzteren die radikale Bundesgenossenschaft durchaus nicht wünschen. Die Mai-Ereignisse haben sie darüber hinlänglich belehrt. Sie vertrauen darauf, daß, selbst wenn die Regierung durch Hülf der radikalen Partei ein Zustimmungsvotum für ihre in den deutschen Angelegenheiten beobachtete Haltung erlangen sollte, die Macht der Verhältnisse stark

genug sein werde, um uns endlich auf den einzigen Weg zu führen, der uns Heil bringt. (Reform.)

Dresden, 31. Okt. [Reise der Königin und der Prinzessin Johann nach Wien.] Die Königin wird mit ihrer Schwester, der Gemahlin des Prinzen Johann, morgen Vormittags hier abreisen und Abends in Breslau eintreffen. Gleichzeitig mit den beiden Fürstinnen kommt die Königin von Preußen, mit der sie in Koblitz zusammentreffen. Am folgenden Tage werden sie ihre Reise nach Wien fortsetzen, um dort der Feier der silbernen Hochzeit ihrer vierten Schwester, der Erzherzogin Sophie, beizuwohnen.

Hannover, 28. Okt. [Der Pseudo-Klapka.] Der Demokratie in Hannover ist Etwas Menschliches begegnet. Sie hat nämlich mit einem Pseudo-Klapka dieselbe Geschichte aufgeführt, welche den Krähwinklern einmal mit der falschen Katalani passiert ist. Die in Hannover zu erwartende und im Arbeiter-Verein förmlich angekündigte Ankunft Klapka's hatte die Neugierde natürlich außerordentlich rege gemacht. Es war im Arbeiterverein der Beschluß gefaßt, Klapka festlich zu empfangen und später vor dem Hotel Royal ihm ein Fackelständchen zu bringen. Das Gerücht von dem Allen hatte am Sonntagsabend eine große Menschenmenge nach der Eisenbahnhalle hinausgelockt. Ein großer Zug des Arbeitervereins mit seiner Fahne war erschienen, und vom Bahnhofe bis zum Hotel Royal ward Spalier gemacht. Eine telegraphische Depesche, erzählt die „Morgenztg.“, brachte auch die Nachricht, daß der junge General sich im Zuge befinde und als der Zug unter die Halle fuhr, ertönten endlose brausende Hochs auf den Helden von Komorn. Aus dem Eisenbahnwagen stieg nun ein Herr mit österr. Mütze. Das ist Klapka, ruft es von allen Seiten. Man umsteht ihn, man bringt Hochs auf ihn aus, man ruft, er müsse auf den Schultern durch das Spalier nach dem Hotel getragen werden; der vermeinte Klapka erklärt wiederholt, Klapka sei noch in Hamburg, man möge ihn ruhig gehen lassen. Alles umsonst, diese Protestationen gelten den aufgeregten Festgenossen nur für eine Ausrede der Bescheidenheit und der geträumte Ungarheld muß, er mag wollen oder nicht, sich die Klapka zugebachten Demonstrationen gefallen lassen. Endlich — o Jammer! — entdeckt es sich, daß der Gefeierte nicht Klapka, nein ein Baron v. Lerchenfeld aus Wien ist, ein gut österreichisch gesinnter Herr, und mit schallendem Gelächter wird diese Kunde unter den zahlreichen Zuschauern vernommen. Mit einem dreifachen Hoch auf Koffuth gingen die Ungarfreunde auseinander. — Gager ist am Sonntag Morgen mit der Eisenbahn über Köln in seine Heimath abgereist. Das ihm von seinen Anhängern zugebacht Festschmahl ist auf seinen eigenen Wunsch unterblieben. Gager, wird der Reichszeitung geschrieben, hat mit Stüve eine Besprechung gehabt, aus welcher dieser, wenn auch keine Meinungsänderung, doch die Ueberzeugung geschöpft haben wird, daß die Gager'sche Partei weder dem Preussenthum noch dem hannoverschen oder irgend einem andern Partikularismus unterliegen wird, da sie die Hebel der Gewalt, wenn auch die Möglichkeit einer Vereinbarung über das Verfassungswerk des deutschen Reiches unter den Regierungen gänzlich geschwunden sein sollte, lediglich in dem psychischen Zwange sucht, welchen eine Vereinigung auch nur weniger deutschen Staaten unter Preußens Vortritt auf die übrigen Staaten langsam aber sicher ausüben muß. Stüve hofft noch immer eine Einigung in den verschiedenen deutschen Oberhäuptern selbst unter der Form eines Direktorii, ohne zu bedenken, daß er dadurch den Partikularismus gerade in seiner gemeinschaftlichen Eigenschaft verewigt. Die ausgleichende nationale Kraft eines Parlaments, worin Preußen nicht vorwiegend vertreten ist, betrachtet er als eine Zerstückung und Auflösung des preussischen Staates, dem doch wie jedem anderen Staate Alles verbleibt, was ihm nicht schon längst mit Deutschland gemeinschaftlich war, aber freilich unter österreichischem Zwange in gebundenem Zustande, dem Stillstande verfallen. Hat Stüve für diese Ansichten Heinrich v. Gagerns und seiner Anhänger kein Ohr, so hat Letzterer durch seine Unterhaltung mit Stüve nunmehr wohl die Ueberzeugung gewonnen, daß es demselben und seinem Anhang mehr um die Geltendmachung eigensinniger Ansichten, als um praktische Resultate zu thun ist. (Befest.-Ztg.)

Deisterich.

N. B. Wien, 30. Oktober. [Tagesbericht.] Se. Maj. der Kaiser hat über Antrag des Kriegs-Ministers hinsichtlich jener k. k. Offiziere, die mit ihren Truppenkörpern noch vor Beginn des Feldzuges in Ungarn daselbst gestanden, und allmählich zu den k. k. Fahnen zurückgekehrt sind, verordnet: daß jene Offiziere, welche bis zum 26. November v. J. zurückkehrten, unbedingt, jene, welche bis Ende Januar d. J. revertirten, in dem Falle wieder in ihre Chargen eintreten, wenn keine Thatsachen ihre Treue und Loyalität in

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

Zweifel stellen. Diejenigen aber, welche vom 1. Februar bis zum 14. April d. J. sich gestellt haben, können nur nach einer kriegsrechtlichen Untersuchung, welche zu verlangen ihnen unbenommen bleibt, rehabilitirt werden. — Die jetzige Wiener Garnison besteht aus 4 Grenadiers, 3 Jäger- und 10 Infanterie-Bataillonen, 1 Kürassier- und 1 Ulanen-Regiment nebst der entsprechenden Anzahl von Geschütz-Batterien. Im Ganzen bei 25,000 Mann. — Ueber das Einschreiten der 3 Handelskammern in Pesth hat der Ministerrath die Errichtung einer Aushilfskasse von 1 Million Fl. zur Unterstützung des Pesther Handelsstandes genehmigt. Nur wahrhaft hilfsbedürftige Handelsleute erhalten daraus gegen Verpfändung von Waaren bis zu 2 Dritttheilen ihres Werthes Vorschüsse auf einen Zeitraum, der 2 Jahre nicht überschreiten darf. — Am 18. d. sind in Clausenburg wegen politischer Vergehen Major v. Tamas und Ladislaus Sandor durch den Strang hingerichtet worden. Auch die Lemberger Zeitung bringt über dreißig Kriegsrechtsurtheile wegen politischer Vergehen, meistens an Studierenden, die jedoch nur auf kurze Strafdauer lauten. — Man spricht allgemein von einer Amnestie, welche zur Feier der silbernen Hochzeit der Eltern des Kaisers gewährt werden soll. — In Mailand ist wegen Waffenverheimlichung ein Todesurtheil vollzogen worden.

N. B. Wien, 30. Oktober. [Die Einkommensteuer.] Die heutigen Wiener Zeitungen enthalten die auf eine Einkommensteuer bezüglichen Kundmachungen des ministeriellen Vortrags und des bezüglichen kaiserl. Patentes. Der Vortrag des Finanzministers Baron Kraus enthält eine Reihe von Angaben, welche sowohl die provisorische Ausschreibung dieser Steuer für 1850 begründen, als die Grundsätze, denen die bezüglichen Bestimmungen entspringen, umständlich erläutern. Genau bezeichnet sind diese Bestimmungen im nachfolgenden Patente, dem wir die wesentlicheren, wie folgt, entnehmen. Von Grund- und Hausbesitz, dann hypothekiertem Schuldeneinkommen ist die Einkommensteuer bereits in den diesfälligen Anordnungen vom 10. Oktober enthalten. Alle andern Arten des reinen Einkommens werden in drei Klassen eingetheilt und zugleich umfaßt die erste: das Einkommen von den Erwerbsbetätigungen, welche der Erwerbssteuer unterliegen und außerdem von Berg-, Hütten- und Pachtbetrieben. Die zweite: stehende Gehalte von Staats-, Gemeinde- und Privatbeamten, soferne daran keine Dienstesauslagen geknüpft sind, (und ohne Einrechnung von Funktionszulagen, Naturalwohnungen und Quartiergebern); — Pensionen und Unterhaltungsbeiträge von Beamten, Dienern, Offizieren und ihren Familien, — dann von Pfändern und geistlichen Orden. Auch einige sonst der Erwerbssteuer unterliegende (und unter e, f, g des Erwerbssteuerpatents § 2 angeführt) Beschäftigungen werden auf die Einkommensteuer übertragen, wogegen andere (a, b, c) nicht darunter fallen. Die dritte Klasse: Zinsen von Schuldforderungen und Leihrenten. Was die Befreiungen anbelangt, so sind sie außer den aus der Erwerbssteuerbefreiung hervorgehenden noch ausgesprochen: für das aktive Militär, öffentliche, Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten, Sparkassenbezüge, Dienstleistungs- und Versorgungsbezüge (Gehalte, Pensionen) und überhaupt aus der 2. Klasse fließende Einkommen bis incl. 600 Fl., so wie sonstiges Gesamteinkommen bis incl. 300 Fl. Nur bei dieser zweiten Klasse fallen die Bekenntnisskassen weg. Bei den andern treten sie ein auf Grundlage des letzten dreijährigen Durchschnitts und wo dies nicht thunlich, des letzten einjährigen oder des mutmaßlichen Ertrags für 1850. Dabei dürfen nicht abgezogen werden: Kapitalsbeiträge die im Laufe des dem Bekenntniß zu Grunde liegenden Zeitraums aus der Unternehmung gezogen wurden und weder Zinsen, noch Arbeits- und Wohnungsvergütungen. Hieraus folgt, daß die Einkommensteuer auch von Zinsen und Renten (3. Klasse) auf Grundlage der Bekenntnisskassen erhoben wird. Das Steuerausmaß ist für die 1. und 3. Klasse 5 pEt. des Einkommens; für die 2. (Gehalte, Pensionen u.) von 600 — incl. 1000 Fl. 1 pEt., von 2000 Fl. 1½ pEt., von 3000 Fl. 2 pEt., von 4000 Fl. 2½ pEt., von 5000 Fl. 3 pEt., von 6000 Fl. 3½ pEt., von 7000 Fl. 4 pEt., von 8000 Fl. 4½ pEt., von 9000 Fl. und darüber 5 pEt. mit Anwendung der Vermehrung von 1 pEt. für je 1000 Fl. mehr auf die Zwischenzahlen. Von dem Einkommen der ersten Klasse (dem Erwerbssteuerspflichtigen) ist die Steuer nie mit einem minderen Betrage zu bemessen, als an der Erwerbssteuer mit Zuschlag eines Drittels der bisherigen Gebühr einfällt. Der bisherige Betrag der Erwerbssteuer wird abgerechnet und nur der Mehrbetrag als Einkommensteuer erhoben. Gleiches gilt hinsichtlich der Bergprohne und

der für Dienst- oder Pfündenverleihung entfallenden Taxe. Gleich dem Hypothekenschuldner ist auch der Handels- und Gewerbschuldner berechtigt, einen fünfprozentigen Steuerabzug an den Zinsen zu berechnen. Die Steuerentrichtung ist ¼jährig. Ueber Bemessungs- und Bekenntnißweise, Steuerbehörden, Rekurse und Uebertretungen sind besondere Vorschriften angegeben. Verkürzung des Aeraus zieht den dreifachen Gelderlag der betreffenden Steuergebühren nach sich.

Wien, 30. Okt. [Zwist im Ministerium. Befestigungen gegen Rußland. Sprinzenstein.] Zwischen den Ministern Kraus und Bruck entspinnt sich bereits ein heftiger Kampf, der zwar im Stillen geführt wird, aber deshalb nicht weniger Erbitterung durchgeföhrt wird. Bruck ist ein ehrgeiziger Emporkömmling, der unter den gedienten Bureaukraten viele Feinde zählt, die es dem Kaufmanne nicht verzeihen können, daß er plötzlich zu dieser hohen Stufe emporgestiegen. Ueberdies waltet zwischen dem Finanz- und Handels-Minister der naturgemäße Widerstreit ob, daß dieser eine handelspolitische Einheit mit Deutschland erstrebt, während jener den Ausfall in der Zollkasse nicht gleichgültig hinnehmen kann und selbst in klarer Einsicht der höheren Vortheile wegen der plötzlichen Einbuße in misslichen Zeitverhältnissen jede mit Geldverlust verknüpfte Reform bekämpfen muß. Zudem erregt die Sucht des Ministers Bruck, fast ausschließlich Preußen und Oesterreicher ins Ministerium zu berufen, allenthalben böses Blut, denn als geborner Preuße wird ihm dies als Landemannschaft ausgelegt und im Uebrigen erblickt man in der Protektion der Oesterreicher Handelskommiss den rothen Faden aller Verbindungen mit den großen Handelshäusern jener Seestaaten, in welcher Bruck als Chef des Lloyd so viele Jahre gelebt hat. — Wie wenig die Regierung trotz russischer Hülfleistung der listigen Politik des mächtigen Nachbarn trauen muß, erhellt deutlich genug aus dem Befehl des Kriegsministeriums, die aus Galizien nach Ungarn führenden Gebirgspässe bei Dufka, Jablunka und Przemyśl stark zu besetzen, was durchaus nur gegen einen Feind aus Norden gerichtet sein kann. Diese Gebirgspässe sind von Natur sehr stark und bedürfen nur geringer fortifikatorischer Nachhülfe, um jedem Anprall nachhaltig zu widerstehen. Die Stimmung, in der die russischen Interventionskorpsen Ungarn verließen, läßt nämlich einen zweiten Einmarsch in minder freundnachbarlicher Gesinnung befürchten und leider ist die Gesinnung der Magyaren einem solchen Unternehmen überaus günstig. — Der Graf von Hoyos-Sprinzenstein ist nun wirklich in Folge jenes Sturzes vom Pferde mit Tod abgegangen.

Wien, 30. Oktober. [Verschiedenes.] Die Unterdrückung des Journals „Der Telegraph“ hat die hiesigen Radikalen schmerzlich berührt. Namentlich in den radikalen Vorstädten auf der Wieden und der Umgebung hörte man vorgestern die heftigsten Schmähungen gegen das Ministerium. — Der Zollvereins-Anschluß an Deutschland bildet das Tagesgespräch. Alle Journale haben sich desselben bemächtigt, allein der hiesige Fabrikenstand wird ein Veto einlegen und der Wiederhall aus Böhmen und Mähren nicht ausbleiben.

N. B. Wien, 31. Oktober. [Tagesbericht.] In Komorn lebt die österreichische Besatzung mit den Einwohnern nicht auf dem besten Fuße. Neckereien: „Nicht wahr, den Kossuth hättet Ihr lieber hier gesehen?“ „Wartet Ihr noch auf Vem?“ und dergleichen unzeitige Reden müssen nothgedrungen die zwischen Civil und Militär bestehende Spannung zur feindlichen Stimmung steigern. Die österreichischen Offiziere und Gemeine wiederholen es so oft, sie seien unwillkommene Gäste, daß am Ende selbst die Gutgesinnten es glauben werden. Dazu kommt noch die starke Belästigung der Einwohner durch Einquartierung. Die ungarische Armee kampirte im Freien. Jetzt naht der Winter und die Mannschaft muß in der Stadt untergebracht werden, die jedoch durch den ungeheuren Brand vom 17. September vorigen Jahres so fürchterlich gelitten hat, daß drei Viertel der Häuser noch jetzt unbewohnbar sind und an Möbeln und Bettzeug der größte Mangel herrscht. — Aus Komorn berichtet man ferner, daß durch das Abfließen der Kossuth-Noten dieser Stadt eine allgemeine Verarmung droht. Denn als letzter Zufluchtsort der Insurrektion waren dort auch die Kossuthnoten am längsten in Cours und vom ganzen Lande dorthin gebracht à tout prix für Waaren oder deutsches Geld losgeschlagen worden, wodurch Millionen von Kossuthnoten aufgehäuft sind. Die Stadt verlangt nun eine besondere Berücksichtigung dieses Gegenstandes und sandte zu diesem Zweck eine ansehnliche Deputation aus der Mitte der Bürgerschaft an den Kaiser. Die Hoffnungen für den glücklichen Erfolg derselben sind nicht sehr zuversichtlich. —

Aus Pesth trifft heute die authentische Nachricht ein von der erfolgten Sistirung der Todesurtheile und von der freudigen Sensation, welche dieselbe dort hervorgerufen hat. — Aus Burgstein in Böhmen wird von Beunruhigung der Gegend durch Raubfälle berichtet. — Aus Venedig wird berichtet, daß die Stadt ungemein todt ist, was sich leicht begreift, da gleich nach der Uebergabe über 40,000 Pässe ausgefertigt wurden. Nicht viel anders lauten die Nachrichten aus Mailand, indem ein großer Theil des dortigen Adels den Winter in Turin zubringt, was dem Mailänder Gewerbsstande großen Abbruch macht. — F. M. Radezky hat unterm 27. d. aus Verona eine vortreflich abgefaßte Proklamation an die Bewohner des lomb. venet. Königreichs erlassen, worin er sie zur Treue und Ergebenheit ermahnt und sie seinerseits versichert, daß er jede ihm persönlich widerfahrene Unbill aus seinem Gedächtnisse gelöscht habe.

N. B. Wien, 31. Oktober. [Die magyarschen Flüchtlinge. Vorräthe. Ein Wahnsinniger.] Die Wiener Zeitung enthält heute einen offiziellen Artikel über die Flüchtlinge zu Widdin. Er bestätigt die von uns berichtete Manifestation, wonach die Mehrzahl der geflüchteten Insurgenten die Heimkehr ins Vaterland selbst auf die Gefahr, bestraft zu werden, dringend verlangten. Diesem Begehre ist nun entsprochen worden, und die bezügliche Proklamation wurde an das Konsular-Gebäude in Widdin angeschlagen. Dem und Gupon nebst anderen Häuptern der Insurgenten haben zwar Alles aufgebieten, die Befehlshaber davon abzuhalten, aber dennoch sind bereits 2—3000 Mann in österreichische Verpflegung übergegangen. — Von der russischen Armee sind in Bartsfeld ungeheure Vorräthe zurückgelassen worden, welche die österreichische Regierung übernimmt und vergütet. Eine eigene Kommission vom Armee-Oberkommando begiebt sich zu diesem Zweck in einigen Tagen an Ort und Stelle. Damit man sich ungefähr einen Begriff von den dort aufgehäuften Vorrathsmassen machen kann, erwähnen wir nur, daß an Mehl allein 180,000 Etm. und an Hafer 80,000 Megen vorhanden sind. — Als vor einigen Tagen der Kaiser in Begleitung seiner Mutter, der Erzherzogin Sophie, das Operntheater verließ, trat ein Mann am Ausgange der Hofloge auf der Waise zur Erzherzogin und fragte rasch: „Wo ist der Kaiser?“ Ueberrascht durch die Art und Weise des Fragens antwortete die Mutter des Kaisers: „In Schönbrunn.“ Der Mann verschwand, kam jedoch noch an demselben Abend nach Schönbrunn und verlangte den Kaiser zu sprechen. Er wurde auf den folgenden Tag beschieden, wo es sich herausstellte, daß derselbe schon früher in der Irren-Anstalt bei Görz gewesen sei und auch jetzt wieder heftigen Anfällen des Wahnsinns unterworfen ist. Er heißt Darvar, und man hat ihn wieder in das Irrenhaus zurückgebracht.

Preßburg, 29. Oktober. [Amnestie.] Die in der gestrigen Nummer unseres Blattes verkündete Amnestie des Baron Haynau rief einen Akt der Humanität ins Leben; nämlich Amnestie für einen Theil der wegen politischer Vergehen hier in Haft gehaltenen Individuen. Indem wir in dieser Beziehung auf die amtliche Mittheilung verweisen*), bemerken wir, daß in Folge dieses Erlasses 56 Inhaftirte ihre Freiheit erhielten und ihrem Familienkreise bereits wieder gegeben sind. (Lloyd.)

Frankreich.

Paris, 29. Okt. [Ministerielles und Diplomatisches.] Eine Note von Preußen, Oesterreich und Rußland in der Schweizer Angelegenheit. — Aus Florenz und Madrid.] Das politische Ereigniß in der gegenwärtigen Situation bildet augenscheinlich die Besetzung des von Faloux abgegebenen Portefeuilles. Das Ministerium des öffentlichen Unterrichts ist unter den obwaltenden Verhältnissen vielleicht dasjenige, dessen Besetzung die meiste Bedeutung hat; wenn der Präsident, nach dem Votum über die römische Angelegenheit, einen Ultra-Katholiken ernennet, so ist dies gewissermaßen eine Abdankung seiner Gewalt in die Hände der Majorität. Herr von Corcelles hat wegen seiner gemäßigten Haltung in den Unterhandlungen bei dem heil. Vater gerade keine Antipathien bei der Majorität; allein man spricht von einer Wahl, die von der Rechten schwerlich gutgehei-

*) Der Haupttheil derselben lautet: Se. Exc. der F. J. M. von Haynau hat sich bewogen gefunden, eine bedeutende Anzahl der minder gravirten Arrestanten aus dem Zivilstande durch ausgesprochene Abolition straffrei zu entlassen, und diesen Gnadenakt zugleich auf jene wegen gleicher politischer Vergehen bereits abgeurtheilten und in der Strafe befindlichen Individuen auszudehnen, insoferne das über letztere verhängte Strafmaß die Dauer einer einjährigen Arrestirung nicht überschreitet. Uebrigens werden, wenn wider besseres Vermuthen etwa noch Vergehen politischer Art vorkommen sollten, diese nach den in voller Kraft bleibenden Kr. egs-Gesetzen geahndet werden.“

fen werden dürfte — Herrn Lanjuinais. Die Disposition der Rechten gegen diese Wahl ist leicht zu begreifen; es wäre in der That Herr Dufaure doppelt ernannt. Wenn dieses Gerücht, welches einige Consequenzen gewinnt, sich realisiert, so wäre dies ein neuer Beweis, daß der Präsident ernstlich daran denkt, das Kabinet als Gegenwicht gegen die Majorität zu bilden. — Auch im Konferenzsaal der Nationalversammlung war heute Nachmittag die Rede davon, daß die Führer der Linken über die ministerielle Frage sondirt worden seien, um zu erfahren, welche Stellung der Berg einem Ministerium gegenüber einzunehmen gedenke, welches von einer etwas mehr progressiven Tendenz wäre, als das gegenwärtige Kabinet. — An der heutigen Börse erzählte man sich, daß der Präsident bei der Fahrt in St. Germain mit dem allseitigen Geschrei „es lebe der Kaiser!“ empfangen worden sei; an dieses Gerücht knüpfte sich ein anderes von einem Staatsstreiche, der gestern ausbrechen sollte. — Der Gesundheitszustand Odillon Barrois läßt befürchten, daß der Minister-Präsident nicht lange mehr in den Geschäften verbleiben können. — Die heutige Sitzung wurde mit Interpellationen ausgefüllt, und hatte kein erhebliches Interesse. — General de la Moricière soll in Kurzem von Petersburg zurückkehren, da seine Mission daselbst erfüllt ist. Der General soll alsdann, wie es heißt, ein Kommando von höchster Wichtigkeit in Paris erhalten. — Die drei Höfe von Berlin, Wien und Petersburg haben dem französischen Gouvernement eine Note Betreffs der Schweizer-Angelegenheit zukommen lassen. Die Note setzt den Stand der Frage seit 1846 auseinander, und fordert von der Schweizer-Regierung zunächst die Wiederherstellung der Souveränität Preußens über Neuchâtel und alsdann die Ausweisung der revolutionären Comité's, die sich in der Schweiz gebildet haben; einige behaupten, daß die Note auch die Restauration des primitiven Vertrages von 1815 verlange. Die drei Höfe fordern Frankreich auf, sich ihnen in dem gemeinsamen Wunsche anzuschließen, um durch seine Rathschläge der Schweiz die Anwendung von Coercitiv-Mitteln zu ersparen, welche entweder mit einem hermetischen Abschluß oder mit den Waffen ergriffen werden sollen. Die Note ist in den besten Ausdrücken für Frankreich abgefaßt. — Herr Harcourt, der seit dem Februar die Funktionen eines außerordentlichen Gesandten in Rom erfüllt, soll den Gesandtschaftsposten in Berlin erhalten. — Aus Florenz erfährt man, daß daselbst eine allgemeine Amnestie erwartet wurde. Diese Maßregel, so wie die Einberufung des Parlaments giebt Seitens des Großherzogs die reelle Intention kund, in seinen Staaten das konstitutionelle Regiment wiederherzustellen und jene väterliche Regierung, deren Toscana vor der Revolution genossen hat. — In Madrid ist nach den Nachrichten vom 24ten Alles wieder in bester Ordnung. Nur der König befindet sich noch in einer halben Stellung. Vor der politischen Komödie hatte er die Funktion eines Palais-Gouverneurs, die er jetzt aber nicht mehr ausübt, ohne jedoch offiziell abgesetzt zu sein. Man hat einen Ausweg gefunden, ihn zum Gouverneur ad honorem zu ernennen, d. h. daß er den Titel behält, ohne die Charge auszuüben.

Belgien.

Brüssel, 29. Oktober. [Der König und der Erzherzog Johann] haben Lüttich gestern verlassen, Ersterer, um sich nach Goë an der preussischen Grenze zu begeben und in dem nahen Walde einige Tage zu jagen; Letzterer, um nach Frankfurt a. M. zurückzukehren. König Leopold begleitete seinen hohen Gast bis Verviers, wo Beide sich trennten. Der Erzherzog hat drei Tage in Lüttich verweilt und alle Industrie-Anstalten dieser Stadt und der Umgegend besichtigt. Am 29ten frühstückte er mit dem König in Seraing und kam gegen Abend nach Lüttich zurück, wo ihnen Serenaden gebracht wurden. Vorgesien besuchte der König mit dem Erzherzoge die Militärbauwerke, hielt Heerschau über die Truppen und besichtigte die Stückgießerei.

Lokales und Provinzielles.

§ Breslau, 1. Novbr. [Ankunft Ihrer Majestät der Königin.] Schon um 4 Uhr Nachmittags hatte ein überaus zahlreiches Publikum, die Ankunft Ihrer Majestät erwartend, sich in den Sälen des Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahnhofs eingefunden. Auf die Kunde, daß jede geräuschvolle Empfangsfeierlichkeit unerwünscht sein dürfte, mußten die beabsichtigten Festlichkeiten unterbleiben. Im Empfangszimmer des Bahnhofs harrten die Spizen der Militär- und Civilbehörden. Gegen 200 Mädchen, größtentheils in blau- und schwarzweißer Kleidung, bildeten ein Spalier vom Vorsaal des Empfangszimmers bis an den Hauptausgang, vor welchem die königlichen Wagen hielten. Der kurze Weg, welcher hindurch führte, war reichlich mit Blumen bestreut. Mit dem Hereinbrechen der Dunkelheit wurden die Gebäude zwischen dem niederschlesischen Bahnhof

und dem königlichen Palais erleuchtet. Namentlich zeichneten sich Zettlig's Hotel, das Scheurich'sche Haus und das Theater durch eine glänzende Illumination aus. Nach 7 Uhr langten Ihre Majestät die Königin in Begleitung Allerhöchstherr Schwester, Ihrer Majestät der Königin von Sachsen, und Ihrer königlichen Hoheit, der Gemahlin des Prinzen Johann von Sachsen im Bahnhofe an. — Eine Abtheilung des Jägerkorps hatte gemeinschaftlich mit einer Abtheilung Bürgerschützen die Ehrenwache bezogen.

Nach der Begrüßung durch den Herrn Bürgermeister Bartsch bestiegen die hohen Reisenden einen bereit gehaltenen Wagen und fuhren dem königlichen Schlosse zu. Wie auf einen Zauberschlag entzündete sich die Promenade entlang eine Reihe bengalischer Lichter in den buntesten Farben. Eine zahlreiche Menge hatte sich auf der Schweidnitzer Straße aufgestellt, deren stürmische Lebehochs die Luft erfüllte. Auf der Rampe vor dem königlichen Palais stiegen die Fürstinnen aus. Rings umher erleuchteten bengalische Flammen den Platz. Einige Sängerkörpe, zu denen auch das des hiesigen Schullehrer-Seminars gehörte, stimmten das Preußenlied an. Am Schluß brachten die Sänger Ihrer Majestät der Königin ein Lebehoch aus, in welches das versammelte Publikum einfiel. Eine aus den Herren: Graf Reichenbach, Vergolder Brichant, Sekretär Voigt und Lieutenant Sternaux bestehende Deputation überreichte das von Herrn Pedell gefertigte Gedicht. Ihre Majestät die Königin sprach huldreichst Ihren Dank für den Ihr zu Theil gewordenen herzlichen Empfang aus.

Die hohen Reisenden verlassen morgen früh 6½ Uhr unsere Stadt, um mit einem Extrazuge der ober-schlesischen Eisenbahn Ihre Reise nach Wien fortzusetzen.

Breslau, 1. Novbr. [Stadtverordneten-Sitzung.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde die Stadtrath Ludewig'sche Angelegenheit durch den Referenten der zu diesem Zweck ernannten Commission, Justiz-Rath Gräff, zur Sprache gebracht. Das Commissions-Gutachten, dem ein Schreiben des Magistrats beilag, welches die Rechtfertigung des Ludewig durch Thatfachen widerlegte, gab die speziellen Nachweise, wie die Rechtfertigung des Ludewig weder in Beziehung auf das Amtsgeheimniß, noch auf die Sache selbst Geltung haben könne.

Rückfichtlich des von Ludewig gestellten Antrages, daß die Versammlung den über ihn in der Sitzung vom 18. Oktober gefaßten Beschluß zurücknehmen möge, hatte die Majorität der Commission die Ansicht ausgesprochen, daß bei der obwaltenden Sachlage keine Veranlassung vorhanden sei, die in der Sitzung vom 18. Oktober ausgesprochene Erklärung zurück zu nehmen.

Das Minoritäts-Gutachten sagt: „In Betracht, daß der dem Stadtrath Ludewig wegen Veranlassung der Veröffentlichung der in der Sitzung v. 11. Oktbr. gefaßten Beschlüsse gemachte Vorwurf der Verletzung der Amtsverschwiegenheit, so wie der Entstellung der Thatfachen begründet ist; in Betracht jedoch, daß die Stadtverordneten-Versammlung in Berücksichtigung der schon langen Dienste, welche Herr Ludewig in seiner Stellung als Stadtverordneter und als Mitglied des Magistrats geleistet und des seither von ihm bewiesenen Interesses für das Gemeinwesen, der Berücksichtigung des Herrn Ludewig, daß er bei Veranlassung der Veröffentlichung des qu. Artikels nicht von der Absicht ausging, dem Gemeinwesen Nachtheil zuzufügen, daß er vielmehr im Bewußtsein seines Rechts und seiner Pflicht gehandelt, den Glauben nicht versagen wollte, nimmt zwar die Versammlung die in der Sitzung vom 18. Oktober über den Veranlasser des qu. Artikels ausgesprochene Aeußerung zurück, erklärt jedoch, daß sie die Handlungsweise des Herrn Ludewig auf das Entschiedenste mißbilligt.“

Nach einer langen und heftigen Debatte wurde zur Beschlußnahme geschritten. Der Antrag um unbedingte Zurücknahme des früher gefaßten Beschlusses fiel, die bedingte Zurücknahme, d. h. die Ansicht, welche das oben angeführte Minoritäts-Gutachten ausspricht, wurde mit einer Majorität von circa 60 gegen 40 Stimmen zum Beschluß erhoben.

* Breslau, 1. Novbr. [Populäre Vorlesungen.] Die schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur hat in diesem Jahre wiederum einen Cyklus von populären Vorlesungen veranstaltet, deren schöner Zweck, die Forschungen der Wissenschaft mit dem Leben zu vermitteln, schon vor zwei Jahren die allgemeinste Anerkennung gefunden hat. Auch in diesem Jahre bemerken wir eine große Mannigfaltigkeit des dargebotenen Materials, das mit Recht das Interesse aller Gebildeten in Anspruch nimmt. Zuerst wird Herr Geheimrath Stenzel in 7 Vorträgen die Geschichte der verfassungsgebenden Reichsversammlung in Frankfurt auseinanderlegen und in ihnen die großartigen Ereignisse des vergangenen Jahres, die für Deutschland im Frankfurter Parlamente ihren Mittelpunkt fanden, und die vielen interessanten Persönlich-

keiten, die an ihnen mitwirkten, als Augenzeuge uns wieder vorführen. Wenn es schwer ist, den leitenden Faden und die höheren Gesichtspunkte geschichtlicher Entwicklung über der verwirrenden Fülle der täglichen Begebenheiten festzuhalten, so gebührt der Darstellung derselben von einem Manne, der den Ereignissen so nahe stand und selbst an ihnen Theil nahm, und der gleichzeitig die Gabe besitzt, die Geschichte vom höheren Standpunkte zu erfassen und darzustellen, gewiß die größte Anerkennung und Theilnahme. Während so dem Geiste der Gegenwart, deren Hauptthema die Politik geworden ist, Rechnung getragen wird, so werden wir durch die späteren Vorträge auch in das stillere Gebiet der Naturwissenschaften eingeführt. Es wird gewiß von sehr Vielen schon die Lücke schmerzlich empfunden worden sein, welche die Unmöglichkeit, den raschen Fortschritten der Wissenschaft zu folgen, gerade in diesem Gebiete läßt, das doch so viele Anknüpfungspunkte an das tägliche Leben bietet. Diese Lücke auf leichte und ansprechende Weise zu ergänzen, wird uns in den Vorträgen der Herren Professoren Duflos und Purkinje Gelegenheit gegeben. Namentlich wird Herr Prof. Duflos in 4 Vorlesungen die Lehren der Chemie, so weit sie für das praktische Leben von Einfluß sind, behandeln. Das Programm giebt uns eine Uebersicht von der reichen Fülle der Gegenstände, die dabei berücksichtigt und erklärt werden sollen. Wir entnehmen daraus nur, daß dabei vorzüglich unsere Nahrungsmittel, Fleisch, Brot, Wein, Kaffee u. s. w. ihre wissenschaftliche Erklärung finden werden: alles Gegenstände, die im täglichen Gebrauch von höchster Wichtigkeit sind, obwohl es den Wenigsten klar wird, worauf eigentlich die verschiedenen Eigenschaften derselben beruhen. Endlich wird Herr Prof. Purkinje in 7 Vorträgen die wichtigsten Lehren der Anthropologie und Physiologie auseinandersetzen und da derselbe, wie bekannt, die seltene Gabe besitzt, die Tiefe der Wissenschaft mit der Schönheit und Klarheit der Darstellung zu vereinen, so versprechen seine Vorlesungen die angenehmste Belehrung über ein Gebiet, dessen Kenntniß und Verständniß nicht nur für jeden Gebildeten fast unentbehrlich, sondern auch für eine vernünftige Gesundheitspflege von höchster Bedeutung ist. Dieselben werden nach dem Programm das animalische und vegetative Leben, das Athmen und Verdauen, das Blut und die Ernährung, die Prozesse der Ab- und Ausscheidung und die Phänomene des Todes und der Wiedergeburt behandeln. Wir hoffen, daß auch in diesem Jahre durch eine reiche Theilnahme des Publikums der Zweck dieser Vorträge: „die Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse in weiteren Kreisen“ erreicht werden wird.

† (Aus der Provinz.) Am 14. Oktbr. Abends hatte sich die Wago eines Bauers aus Tscheken im Kreise Schweidnitz, Marie Giller, Tochter eines Stellenbesizers daselbst, heimlich vom Hause entfernt und Niemand wußte wohin. Am 19ten wurde dieselbe im Wasser bei Grünau im Kreise Striegau todt vorgefunden, welches ihrem Vater angezeigt und von welchem die Leiche nach Tscheken geholt wurde. Eine Wunde, an der rechten Seite des Kopfes ersichtlich, ließ schließen, daß dieselbe durch einen Schuß gewaltsam getödtet worden war, und die am 22ten vorgenommene Oeffnung der Leiche hat ergeben, daß im Kopfe 31 Stück Schrotkörner nebst gehacktem Blei vorgefunden wurden. Ein dringender Verdacht, diese That verübt zu haben, fällt auf den Sohn eines Bauers.

In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober wurde die katholische Pfarrkirche in Suhrau gewaltsam erbrochen und von bis jetzt noch unbekannten Thätern ein Ciborium von Silber (1 Pfund 25 Loth schwer) gestohlen.

In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober wurden dem Krämer Jung in Hennesdorf im Kreise Jauer aus seinem Kramladen mittelst gewaltsamen Einbruchs durch die Wand verschiedene Gegenstände gestohlen. Der Werth der gestohlenen Sachen ist bedeutend und der Bestohlene durch diesen Diebstahl ein ganz armer Mann geworden. Die geraubten Sachen müssen auf einem zweirädrigen Wagen, dessen Spur früh noch zu bemerken war, weggeschafft worden sein.

In dem zusammenhängenden Städtel und Dorfe Kranowitz im Kreise Ratibor ist seit einigen Tagen die Cholera ausgebrochen, und es sind von 25 Erkrankten bis zum 25. Oktober 16 Personen daran gestorben. Eben so ist diese Krankheit in den Dörfern Bojanow, Binkowiz und Grotin zum Ausbruch gekommen, und sind seit 6 Tagen 15 Personen daran erkrankt und 9 davon gestorben. In Zaubitz desselben Kreises brach die Cholera am 24. Okt. aus, und es sind bis zum 25ten d. 5 Personen davon befallen worden und 3 daran gestorben. Die Krankheit erscheint zumeist plötzlich und da besonders auf dem Lande nicht gleich ein Arzt zu erlangen ist, so erfolgt der Tod in wenigen Stunden.

In dem Städtchen Bauerwitz im Kreise Leobschütz brach die Cholera am 24. Oktober, in den Dörfern Raßau und Stolzmiß am 25ten, in Eglau am

26ten und in Bälkowitz und Fernau desselben Kreises am 27ten aus, von welcher in den bezeichneten Orten bis zum 28ten Mittags zusammen 113 Personen befallen und 37 gestorben sind. Neue Erkrankungen waren in diesen Ortschaften bis zum 29. Okt. früh noch 12 hinzugegetreten.

Piegnitz, 31. Oktober. Sicherem Vernehmen nach ist heute der hiesige Bürgermeister Krüger vom Amte suspendirt worden; über den Grund der Suspension konnten wir noch nichts Bestimmtes erfahren. Prof. Schulze wurde heute in der hiesigen Dierkische als Kreisvicarius ordinirt. (Sillesia.)

□ **Ratibor, 30. Okt.** [Die gestrige erste Sitzung der zweiten Sitzungsperiode der Geschworenen] leitete der Vorsitzende, Kreis-Gerichts-Direktor Grothe, mit passenden Worten ein. Er machte besonders die Geschworenen aufmerksam, daß sie die ihnen gestellten Fragen lediglich nach derjenigen Ueberzeugung, die sie aus dem Inbegriff der vor ihnen aufgenommenen Beweisverhandlungen schöpfen, zu beantworten hätten. Sie seien zwar wegen ihres Ausspruches Niemandem, als Gott und ihrem Gewissen Rechenschaft schuldig, aber ihre heiligste Pflicht sei es, darüber zu wachen und dahin zu streben, daß kein Unschuldiger für schuldig erklärt werde, daß aber auch andererseits kein Schuldiger der gerechten Strafe entgehe. Schließlich sprach er die Hoffnung aus, daß angeordnetes Streben werde wahr werden und erklärte die Sitzung für eröffnet. Der Namensaufruf der Geschworenen ergab nur die Zahl 29 — 7 hatten ihre Ausbleiben genügend entschuldigt — und es wurde die Sitzung um ¼ Stunde vertagt. Inzwischen waren von den einberufenen Ergänzungsgeschworenen 4 herbeigekommen und die Verhandlung begann. Erwähnt muß noch werden, daß ein Herr v. W., als ihn der Vorsitzende nach der von der Regierung erhaltenen Liste, worin Name und Stand angegeben ist, nannte, nicht „hier“, sondern berichtigend sagte: „Freiherr v. W.“. Diese, wenn schon ganz ungeeignete Anekdote, wird wohl der Herr Vorsitzende, der dabei sicher ganz schuldlos ist, doch der Berichtigung wegen in der Folge zu Herzen nehmen und Freiherr v. W. aufrufen. Die Anwesenenden mußten übrigens nicht, sollten sie sich über diese Einwendung ärgern, oder sie verachten.

Die Angeklagten sind: der Seilergefelle Eduard Heier von hier und der Giltiger Franz Dientel. Beide sollten am 9. März d. J. den Zirkonhändler Lucas Mieschies aus Jüryen auf öffentlicher Straße in dem an der Stadt liegenden Dorfe Borsach in der siebenten Stunde Abends angefallen, zu Boden geworfen und ihm eine Brieftasche mit etwa 8 Mtl. geraubt haben. Beide Angeklagten bestritten sich nicht schuldig. Das Protokoll über die Vernehmung des Damnschatten, der wieder in Jüryen ist, mußte verlesen werden und war darin die Bestätigung der Anklage enthalten. Mehrere Zeugen sprachen gegen die Angeklagten und eine Zeugin sagte unter Anderem, daß beide Angeklagten an jenem Abend Kassen-Anweisungen vorgezeigt und gesagt hätten: Gott der Herr habe sie gesegnet! Demohngeachtet blieben die Angeklagten dabei, an jenem Tage von 5 Uhr

Nachmittags bis zu ihrer Verhaftung den Kretscham Kleppisch in Borsach nicht verlassen zu haben. Von 5 Defenszeugen bestätigte nur einer die Aussage der Angeklagten. Nach Ausnahme der Beweise gab Ober-Staats-Anwalt Schwarz die Ausführung über die Thatfrage, worauf der Rechtsanwalt Sabbath die Verteidigungsrede hielt. Der Vorsitzende gab sodann das Resümee und die gestellte Frage, für jeden der Angeklagten gleichlautend, war:

Ist der Angeklagte Heier — Dientel — schuldig, gemeinschaftlich mit einem Andern durch Gewalt dem Zirkonhändler Lucas Mieschies am Abend des 9. März d. J. auf öffentlicher Straße zu Borsach einen Brief mit Geld und Papieren, des Gewinnes halber aus der Rocktasche entwendet zu haben?

Der Vorsitzende der Geschworenen, Justizrath Eschmann, verkündete nach ¼stündiger Berathung der Geschworenen, daß beide Angeklagten mit einer Mehrheit von 7 Stimmen für schuldig erachtet wurden.

Ob.-St.-Anw. Schwarz trug für jeden der Angeklagten auf 20 Jahre Zuchthausstrafe und Verlust der Nationalakademie an, und erkannte hierauf auch der Gerichtshof.

Bemerkenswerth ist noch, daß heute viele Geschworene vom Ob.-St.-Anwalt und hauptsächlich vom Verteidiger abgelenkt wurden. Uebrigens hat das gefällte Urtheil bei dem versammelten Landvolke aus Borsach große Freude gemacht.

Die hiesige Bahn hebt sich fortwährend. Seit einiger Zeit wird Salz aus Galizien nach Wien über Ratibor befördert und am vorigen Sonntag ist auch der erste Transport Dtschen — 180 — durchgegangen. Vor einigen Tagen ist schon nach Wien durch telegraphirt worden.

□ **Ratibor, 30. Okt.** [Zweite Sitzung der 2ten Sitzungs-Periode der Geschworenen.] Ernst Kahler, Fleischergefelle aus Bleischwitz, schon früher in Untersuchung und in Haft gewesen, ist angeklagt, am 2. Juni d. J. allein oder gemeinschaftlich mit Andern durch Erbrechen des hölzernen Schlosses der Scheuer in die Stube des Häuslers Franz May zu Karlsberg, Leobschütz Kreis, gedrungen zu sein und daselbst aus der Lade des Vortheils halber mehrere bewegliche Sachen entwendet, oder wenigstens bei Ausführung der That wesentlich und freiwillig Hilfe geleistet zu haben.

Der Angeklagte erklärte sich für unschuldig und sucht sich oft auf gewandte Weise zu vertheidigen. Indes die Zeugen waren gegen ihn und Staats-Anwalt Porst trug an, den Kahler des zweiten gewaltsamen Diebstahls schuldig zu erachten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Grünig, suchte in seiner Vertheidigungsrede darzuthun, daß der Angeklagte unschuldig sei, weil dessen Thäterschaft nicht festgestellt ist. Nach erhaltenem Resümee durch den Vorsitzenden begaben sich die Geschworenen mit der Frage, die etwa so gefaßt war: ob Kahler selbst das ihm zur Last gelegte Verbrechen begangen oder doch wesentliche Beiträge geleistet habe? in das Berathungszimmer, aus dem sie mit dem „Schuldig“ zurückkehrten. Der Angeklagte wurde zu zehnjähriger Zuchthausstrafe, zum Verluste der Nationalakademie, zur Detention bis zum Nachweis des ehrlichen Erwerbs und zur Tragung der Untersuchungskosten verurtheilt.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Rückfichtlich der Nachricht (in der vorgestr. Bresl. Zeitung), daß ein Meteorstein in den Vorhof des Universitätsgebäudes niedergefallen sei, wird uns von sachkundiger Hand folgende berichtende Mittheilung: Nach der Untersuchung, die sofort mit einem Stücke dieses Minerals von Herrn Professor Magnus vorgenommen worden, ist es gewiß, daß man diese Masse zu rasch für eine meteorische genommen; sie ist der Rückstand von sogenanntem Rothfeuer. Die Strontianerde, die sich in nicht unbedeutender Menge in derselben vorfindet, ist der schlagendste Beweis dafür. Von wo sie gekommen, ist unbekannt, aber auf der Erde ist sie entstanden, das ist außer allem Zweifel. — (Nach einer späteren und zugehenden Mittheilung wird es wahrscheinlich, daß das Ganze ein Scherz oder eine Mystifikation gewesen ist, indem Jemand die Masse, — deren Rückstand etwa ein Pfund wog, — angezündet und in den Hof geworfen hat.)

(Wosfische 3.)

— (Posen, 30. Okt.) Reisende, die gestern auf der Breslauer Chaussee nach Posen fuhren, begegneten zwischen hier und Gorzyna gegen 5 Uhr Nachmittags einem ohne Unterbrechung fortgehenden Frachtfuhrwerk. Der Knecht desselben war wahrscheinlich eingeschlafen und von einem Vorderrade am Pelze ergriffen, herabgezogen worden, daß ihm das Rad über Arm, Hals und Kopf ging, dieselben zerschmetterte und er auf diese schauerhafte Weise sein Leben verlor. Die Reisenden fanden ihn noch mit seinem Pelze in die Speichen des Rades verflochten, daß der entseelte Körper unaufhörlich mit dem Rade herumbewegt wurde und ein abscheuerregendes Ansehen darbot. (Pos. 3.)

Die Mitglieder des Constitutionellen Vereins im Nicolai-Bezirk werden hierdurch zu einer außerordentlichen Versammlung auf heute, Freitag Abend 7 Uhr auf den Märktischen Bahnhof eingeladen.

Breslau, 2. November 1849.

Das Comité des Vereins.

Versammlung des Constitutionellen Central-Vereins.

Freitag den 2. November Abend 7 Uhr im kleinen Saale des Königs von Ungarn. Tagesordnung: Bericht über die Stellung zum constitutionellen Provinzial-Comitee. Das Steuer-Bewilligungsrecht.

Theater-Nachricht.
Freitag, 30te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. „Das Nachtlager in Granada.“ Romantische Oper in 2 Akten, Musik von Konradin Kreutzer.
Sonnenabend, 31te Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum vierten Male: „Hofenmüller & Fink“, oder: „Abgemacht.“ Lustspiel in 5 Aufzügen von Dr. Carl Röpfer.

Dr. Wilhelm Körber,
Anna Körber, geb. Hermes,
Neuerwählte.
Breslau und Wüstenriede, den 31. Okt. 1849.

Entbindungs-Anzeige.
Die am 29. Oktober erfolgte glückliche Entbindung meiner Schwieger-Enkeltochter Geraphine, vermittl. Lieutenant Krause, geb. Birtz, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich entfernter Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.
Klein-Mahlendorf.

Verwittw. Sophie Dehnel, geb. v. Ohlen-Adlerstern.

Todes-Anzeige.
Mit inniger Betrübniß zeige ich das heute früh um 2 Uhr, nach langen Leiden, im 55. Lebensjahre, erfolgte Dahinscheiden meiner geliebten Frau, geborenen Pischel, Verwandten und Freunden, statt besonderer Meldung und um stille Theilnahme bittend, ergebenst an.
Brieg, den 1. November 1849.

Fr. W. Moll.

Todes-Anzeige.
Heute in der 1ten Morgenstunde raubte uns der Tod unser einziges, innig geliebtes, gutes Töchterchen Cäcilie, nach mehrwöchentlichen Leiden an Zahnkrämpfen, in dem zarten Lebensalter von 10 Monaten und 17 Tagen. Dies unsern theilnehmenden Freunden, statt besonderer Meldung.
Breslau, den 1. November 1849.

Lehrer J. Puhl nebst Frau geb. Hentschel.

Medizinalrath Dr. Schmalz
aus Dresden, wird
vom 8. bis 11. November in **Sörlik**
(zum Hirsch),
vom 12. bis 14. November in **Bunzlau**
(zum Kronprinzen)
sein, und bei dieser Gelegenheit
Schör- und Sprach-Kranken
Rath erteilen (10 bis 1 Uhr).

Bahnhof Canth.
Vom 4. Novbr. ab jeden Sonntag **Konzert**.

In Baumgärtner's Buchhandlung in Leipzig ist so eben erschienen und an alle solche Buchhandlungen versendet worden:

Die thierärztliche Receptirkunde von Dr. E. Falke, außerordentl. Professor an der Universität und Lehrer der Thierheilkunde am landwirthsch. Institute zu Jena. 8. broch. Preis 3 Sgr.

Propädeutik und encyclopädische Uebersicht der Thierheilkunde nebst ihrer neuern bessern Literatur. Als Leitfaden für Vorlesungen, so wie für jeden Freund der Thierarzneikunst und für Alle, die sie als Lebensberuf wählen wollen. Von Demselben. 8. broch. Preis 7½ Sgr.

Früher erschien von demselben Verfasser:
Lehrbuch vom Hufbeschlag und den Hufkrankheiten, à 7½ Sgr. — Die Instrumenten-, Verband- und Operationslehre, à 10 Sgr. — Die Hippologie (Pferdekunde) à 10 Sgr.

In Breslau vorräthig bei A. Schulz und Comp., Altbäcker-Straße Nr. 10.

4½ proc. Zehn-Gulden-Anlehens-Loose,
solitarisch garantirt von Sr. I. H. dem Prinz von Preußen, Herzog von Nassau, Herzog von Koburg etc. Jährlich zwei Prämien-Ziehungen. Hauptgewinne 25,000 Fl., 20,000 Fl., 18,000 Fl., 16,000 Fl., 15,000 Fl. etc., geringste Prämie 12 Fl. oder 7 Thlr. Die nächste Prämien-Ziehung findet am 15. November in Wiesbaden öffentlich unter Leitung der herzoglichen Verwaltungs-Behörden statt, und sind die Original-Obligations-Loose gegen Einlösung von 6 Thlr. pro Stück bei dem unterzeichneten Handlungshause zu beziehen.
Moritz J. Stiebel, Banquier in Frankfurt a. M.

Schulze's junior Frostheilwasser,
welches jeden Frostschaden, er mag noch so alt sein, in wenigen Tagen unschädlich vertreibt und solchen nie wiederkehren läßt, verkauft mit medizinisch-polizeilicher Konzeption und Uebergebt davon die alleinige Niederlage für Schmeideberg und die Umgegend an die Herren S. G. Wäber und Eydame in Schmeideberg. — Preis pro Fl. 6 Sgr.
Der Erfinder J. G. Schulze jun. in Berlin.

Stralsunder Spielkarten.
Die einzige in Schlesien befindliche Hauptniederlage der seit Jahren rühmlichst bekannten Spielkarten-Fabrik

L. v. d. Osten in Stralsund
empfiehlt ihr jederzeit komplettes Lager aller Arten von Spielkarten, sowohl Konsumenten als Spielkarten-Händlern und bewilligt letztern einen angemessenen Rabatt.
Breslau, den 2. November 1849. **Adolf Stenzel**, am Ringe Nr. 7.

Vorläufige Anzeige.
Ich werde binnen Kurzem eine bedeutende Partie feiner Flaschenweine, bestehend in
1839r Rudesheimer-Berg,
1839r Rudesheimer-Bischofsberg,
1834r Steinberger Auslese,
von einem der renommiertesten Häuser im Rheingau, meistbietend verkaufen lassen. — Das Nähere wird seiner Zeit durch die Zeitungen bekannt gemacht werden.

E. J. G. Kaerger.

Freiwilliger Verkauf.
Der Herr Kaufmann Wilhelm Wellmann hieselbst beabsichtigt wegen Veränderung seines Wohnorts die ihm eigenthümlich gehörige, am Koserer Bahnhof zu Randzlin gelegene Bäckerei aus freier Hand zu verkaufen.

Dieselbe ist neu erbaut, enthält einen Morgen und 11 Ruthen Grundfläche und besteht aus einem Wohnhause, Pferdestall, Wagenschuppen mit Nebengebäuden, Lagerplatz, Schüttboden und Magazin nebst einer vollständig eingerichteten Bäckerei.

Die vortheilhafte Lage an der Eisenbahn bietet die Gelegenheit dar, daß der Geschäftsmann sich nach allen Richtungen mit seiner Waare ohne großen Kostenaufwand, z. B. nach Ratibor, Myslowitz, Breslau etc. bewegen kann.

Eine Konkurrenz ist nicht zu fürchten, da außer dieser Besingung dabeist kein Grundstück an der Bahn mehr zu acquiriren ist, wie Herr v. Wellmann versichert.

Auch eignet sich gedachte Besingung zur Anlage einer Delmühle, indem hinlänglich Raum im Hause dazu vorhanden ist.

Dem Wunsche des genannten Herrn v. Wellmann gemäß, habe ich zum öffentlichen Verkauf dieser Besingung einen Termin in meiner Anstalt hieselbst auf den **28. November d. J.** Nachmittags 3 Uhr anberaumt und lade hierzu zahlungsfähige Kaufleute mit dem Bemerken ein, daß sich Herr v. Wellmann die Einwilligung in den Zuschlag ausdrücklich vorbehalten hat und daß, sobald solcher erfolgt ist, auf Grund des Licitation's-Protokolls der diesfällige Kaufvertrag sofort von mir notariell aufgenommen werden soll.

Die in Rede stehenden Gebäulichkeiten sind übrigens in der vaterländischen Feuerversicherung zu Giesfeld mit 3000 Mtl. asscurirt. Die Kaufbedingungen, so wie Zeichnungen und Situations-Plan der zu verkaufenden Besingung können während der Amtsstunden in meiner Kanzlei noch vor dem obigen Termin eingesehen werden.

Groß-Strehlig, 31. Oktober 1849.
Der Königl. Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath **Gründel**.

Ausverkauf

von niederländischen Tuchen und Bütelins für ½ des Einkaufspreises; Winter-Westen-Stoffe unter der Hälfte, Vivrewesten-Stoffe, die überall 2 Mtl. kosten, für 20 Sgr. Kupferschmiedestr. im gold. Stuch, 1 Tr.

Bekanntmachung.

Ueber den Nachlaß des hieselbst am 16. Juni d. J. verstorbenen Erpeditors Strambo ist durch Verfügung vom 25ten desselben Monats der erschaftliche Liquidations-Prozess eröffnet, und zur Anmeldung der Forderungen an den Erblasser ein Termin

auf den 4. Februar 1850,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Herrn Referendar Grafen von Rittberg in unserem Gerichtsgebäude anberaumt werden.

Die unbekannten Gläubiger haben in demselben persönlich, oder durch einen gehörig legitimierten Bevollmächtigten, zu welchen ihnen die Justizräthe Werner, Wansch und Ziekursch und Rechtsanwälte Beer, Haak und Heitemeyer vorgeschlagen werden, ihre Forderungen anzumelden und deren Richtigkeit nachzuweisen, widrigenfalls sie ihrer etwaigen Vorrechte verlustig erklärt und mit ihren Forderungen nur an das nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig Bleibende verwiesen werden.

Glogau, den 24. Oktober 1849.

Das königliche Kreisgericht. I. Abtheilung.

Ediktal-Citation.

Auf den Antrag der königl. Intendantur des 6. Armee-Corps ist das Aufgebot aller derjenigen unbekannten Gläubiger verfügt worden, welche aus dem Jahre 1848 an nachstehende Militär-Institute:

1) das Garnison-Lazareth zu Ples,

2) die magistratliche Garnison-Verwaltung zu Ples,

aus irgend einem rechtlichen Grunde Ansprüche zu haben vernehmen. Der Termin zur Anmeldung derselben steht am 6. Dezember d. J. Vormittags 11 Uhr in dem Geschäftslokale des unterzeichneten Kreisgerichts vor dem Herrn Kreisrichter Stöckel an. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner Ansprüche an die gedachten Kassen verlustig erklärt, und mit seinen Forderungen nur an die Person desjenigen, mit dem er kontrahirt hat, verwiesen werden.

Ples, 16. Juli 1849.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Verkauf von altem Aktienpapier (gegen 40 Centner) findet vor dem Rathhause zu Frankenstein

Dienstag den 13. November

Nachmittags 1 Uhr im Wege des Meistgebots gegen sofortige Bezahlung statt. Frankenstein, den 30. Oktober 1849.

Der Magistrat.

Haus-Verkauf.

Das der Frau Vermessungs-Revisor Sabiniski gehörige, sub Nr. 16 in der Krattauer Vorstadt zu Dppeln, dem königl. Kreis-Gericht gegenüber gelegene, im guten Baustande befindliche Haus nebst Hofplatz und Garten, soll an den Meistbietenden verkauft werden.

Ich habe zu diesem Zweck einen Termin auf den 9. November, Nachm. 3 Uhr, in meinem Geschäfts-Lokale anberaumt. Hypothekenschein und Bedingungen können täglich in den Amtsstunden in meiner Kanzlei eingesehen werden.

Dppeln, den 24. Oktober 1849.

Der königliche Rechts-Anwalt Wigenhufen.

Korbmöbel

in neuester, gothischer und antiker Fagon, elegant und dauerhaft gearbeitet, in großer Auswahl vorrätig, als: Sopha von 7 Rthl. an, Arm-, Lehn- und Tafel-Stühle von 2¹/₂ Rthl. an, Sessel von 2 Rthl. an, Kaffee- und Blumentische, so wie Ständer, Lauben, Epheuwände u. Ofenschirme, Kinder-Sopha's u. Le, Tische u. zu den billigsten Preisen, empfiehlt der Korb-Möbel-Fabrikant C. G. Gallisch in Berlin, Markgrafen-Strasse Nr. 33. (NB. Briefe und Gelder werden franco erbeten).

Bekanntmachung.

Die Eisenbahn-Verbindung der Friedr. Wilh. Nordbahn mit der Thüringer Eisenbahn hat nunmehr stätig gefunden und können nun von hier aus Güter nach Eisenach, Gotha, Erfurt, Weimar bis Halle, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Berlin u. s. w. per Eisenbahn weit befördert werden.

Das geschäftstreibende Publikum erlaube ich mir hierauf aufmerksam zu machen und zugleich mein seit vielen Jahren hier bestehendes

Expeditions-Geschäft

aufs angelegentlichste zur gefälligen Beausugung zu empfehlen, indem ich bei regem Eifer fürs Geschäft, verbunden mit den nöthigen Kenntnissen, die prompteste und reellste Weiterbeförderung, unter billiger Speesen-Rechnung, versichere und deshalb um recht viele Zuwendungen bitte.

H. C. F. Damms,
in Kassel.

Flehende Bitte!

Bei jetzt so kummervoll naheloser Zeit bittet (so schwer es ihm fällt) ein ohne sein Verschulden, bei stets guten Führungs-Attesten, und sehr guten Empfehlungen, armer brotloser Familienvater — durch herbe Schicksale hart heimgeführt, an dem Krankenbette seiner schon lange kranken Frau und Kind, ohne Hülfe, Arbeit und verlassen — ein menschenfreundliches Publikum von hier und auswärts, ihm bald hülfreich mit Beschäftigung im Schreiben und dergl., aber am liebsten mit einer festen Broterwerbs-Stellung zum Unterhalte der Seinigen freundlichst zu nahen! Jedwem hilfreichen Auftrage bei pünktlicher als korrekter Ausführung, harret in Demuth entgegen R. K. am Neumarkt Nr. 39, 1 Etiege hinten heraus.

Jamaica-Rum, braun und weiß, in besterigen Binden und Flaschen, Punsch-Essenz, Rum-Crogon-Extract, Arac-Crogon-Extract, Nordhäuser Korn, Absynthie, Arac de Soa, französische Liqueure, empfiehlt in bester Qualität:

Robert Raymond.

Niederlage der Rum- und Spirit-Gabrit von Ad. Köhler u. Comp. in Magdeburg.

Die israelitische Gemeinde zu Görlitz sucht einen **Cantor**, der zugleich **NTW** ist und den Religions-Unterricht leiten kann, zu Neujahr 1850. Mit diesem Posten ist ein Gehalt von 150 Rthl. verbunden, und wollen sich qualifizierte Personen unter Einreichung ihrer Atteste an den unterzeichneten Vorstand bis zum 8. November melden. Nach der festgesetzten Zeit werden Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt.

Joseph Berliner. Meyer Lew.

Apollokerzen zu 10, 10¹/₂ und 11 Sgr., Stearinkerzen zu 9 Sgr.,

feine Cocusseife, das Duzend 10 Sgr. empfiehlt die **Stearin-Parfümerie- u. Wachswaren-Handlung von**

C. W. Schnepel,

Kupferschmiede-Strasse Sta t Warschau.

Eine große Partie **Napolitaner** à 4¹/₂ Sgr. und vollene **Umschlagetücher** à 1 Rthl. 10 Sgr. empfiehlt die Manufaktur-Waaren-Handlung **Karlsplatz Nr. 2.**

Unterkommen finden: 1 Hauslehrer, der musikalisch ist, 1 Rechnungsführer, welcher Dekonom sein muß, 2 Wirtschaftsschreiber, 6 Dekonomie-Cleven, 2 Wirtschaftserinnen, 1 Kammerjungfer, 3 Handlungslehrlinge und 1 Kochschin. Näheres im concess. Commissions- und Gesinde-Vermietungs-Bureau von **C. Berger, Bischofsstr. Nr. 7.**

Verpachtung!

einer großen **Restaurations**, in Mitte der Stadt, weist nach: **C. Berger, Bischofsstr. 7.**

Wein neu aufgestelltes Billard. Kupferschmiedestraße Nr. 64, empfehle ich einem hochgeehrten Publikum zur gütigen Beachtung.

Rothe- und Rheinweine von 10 Sgr. an die Flasche, so wie **Recht- und Rheinwein-Champagner** von 1 Rthl. an, empfiehlt die Weinhandlung **Albrechtsstraße Nr. 55.**

Eicheln,

aber nur diesjährige und gesund, kauft zum höchsten Preise die Handlung

J. F. Stenzel und Comp.,

Schweidnitzerstr. Nr. 36.

Eine frischmolkende **Eselin** wird zu kaufen gesucht und Adressen unter „Burghardt, Fischergasse Nr. 3“, franko erbeten.

Nicht amerikanische

Gummi-Schuhe

für Damen und Herren sind in besonders empfehlenswerther Qualität in großer Auswahl neu angekommen bei:

Emanuel Hein, Ring 27.

Bestes trockenes Seegras

empfiehlt billigt:

C. W. Gaebel,

Schmiedebücke Nr. 55, zur Weintraube.

Im Atelier, Holschäusches Haus Ring Nr. 10, 11, werden

Lichtbild-Portraits

angefertigt. Preis 1¹/₂ Rthl. à Portrait. Bei Entnahme von mehreren Portraits tritt eine Ermäßigung der Preise ein.

Den Herren Instrumentenbauern und Tischlern empfehle ich ausgezeichnet schönen, ganz reinen

Politr-Spiritus.

Robert Raymond, Dhlauerstr. 65.

Unterricht im Maßnehmen und Zuschneiden wird erteilt, auch werden alle Arten Damen-Kleider gut und sauber angefertigt, Schuhbrücke Nr. 74, dritte Etage.

Weiß-Garten.

Heute Freitag: 4. Abonnement-Konzert der Philharmonie. Zur Aufführung kommen: Sinfonie von Romberg.

Schmiedeb. St. Warschau.

Heute Konzert von Harfenistinnen. Mein Hirschberger Lagerbier darf ich als ganz vorzüglich empfehlen.

C. May.

Erster, zweiter, dritter, vierter Gewinn, jeder einen Schinken, fünfter u. sechster Gew., jeder einen Kopf, beim großen Fleischschneiden, nebst Würstchenbrot, wozu auf Sonnabend den 3. November ergeht einladet:

C. C. Schleier, Vorwerkstr. Nr. 2.

Heute Mittag und Abend, wie alle Freitage, gesottene Karpfen.

Tabisch, Neufeststraße Nr. 60.

Karpfen, polnisch gesotten, empfiehlt alle Freitage: **A. Dittfeld,** Neumarkt Nr. 8, in den 3 Lauben.

Alle Freitage Mittags und Abends gut zubereitete Karpfen bei **Hirschberg, Herrenstraße Nr. 18.**

Wirklich frische Austern, Sardines à l'huile, Chester-Käse, Hamburg. Rauchfleisch

hat erhalten und empfiehlt:

C. J. Bourgarde,

Schuhbrücke Nr. 8, goldne Waage.

Frische Austern bei Ernst Wendt.

Holsteiner Austern bei Lange u. Comp.

Frische Perig. Trüffeln, Holsteiner Austern, Kieler Sprotten bei Gustav Scholz.

Elbinger Neunaugen

in ¹/₂, ¹/₃ und 1 Schock Gebinden, so wie Stückweise,

empfiehlt zu herabgesetzten Preisen:

C. J. Bourgarde,

Schuhbrücke Nr. 8, goldne Waage.

Frisch gespickte Hasen,

von 14 bis 16 Sgr. das Stück,

besgl. frisches Rehwild,

bei: **C. Seeliger, Neumarktecke.**

Ein gelber Bulldogg hat sich auf der Trebniger Chaussee eingefunden. Der sich legitimierende Eigentümer kann sich melden: **Mathias-Strasse Nr. 5.**

Börsenberichte.

Paris, 28. Oktober. 3% 56. 10. 5% 88. 60. **Berlin, 31. Oktober.** Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3¹/₂% 94¹/₂, 2 95 bez. und Br. Kratau-Oberchlesische 4% 67¹/₂ bis 68 bez., Prior. 4% 85¹/₂ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54¹/₂ bez., Niederchlesische-Märkische 3¹/₂% 84¹/₂ bez., Prior. 4% 93¹/₂ bez., Prior. 5% 102¹/₂ bez., Ser. III. 5% 101 bez. und Br. Niederchlesische-Märkische Zweigbahn 4% 30¹/₂ Gld., Prior. 5% 88 Gld., Oberchlesische-Litt. A. 3¹/₂% 106¹/₂ Gld., Litt. B. 104 bez. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106¹/₂ bez. Staats-Schuld-Scheine 3¹/₂% 88¹/₂ bez. und Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine 100% bez. Posener Pfandbriefe 4% 99¹/₂ Gld., 3¹/₂% 89¹/₂ Br. Preussische Bank-Anleihe 96¹/₂ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gld., neue 4% 95¹/₂ Gld. polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 80¹/₂ bis, à 300 Fl. 110 Gld.

Da die Ultimo-Regulierungen größtentheils abgewickelt waren und neue Spekulationslust, unterstützt von Kauf-Aufträgen entrat, so fand in den meisten Aktien eine rapide Steigerung statt, besonders begehrt: Nordbahn, Berlin-Hamburger, Kratau-Oberchlesische, Magdeburg-Wittenberger und Halle-Thüringer-Aktien. Fonds ebenfalls fester und Einzeln: höher bezahlt.

Wien, 31. Oktober. Bei stillem Geschäft fast unveränderte Kurse. Mailänder Eisenbahn-Aktien niedriger, London angeboten. Auch für andere Devisen mehr Geber als Nehmer. 2¹/₂ Uhr. 5% Metal. 94¹/₂ bis 3¹/₂. Nordbahn 108¹/₂ bis 1¹/₂.

Breslau, 1. November. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Hol-ländische Rand-Dukaten 95¹/₂ Gld. Kaiserliche Dukaten 95¹/₂ Gld. Friedrichs-Dor 113¹/₂ Br. Louisdor 112¹/₂ Br. Polnische Courant 96 Gld. Oesterreichische Banknoten 95¹/₂ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101¹/₂ Br. Freiwillige Preussische Anleihe 106 Gld. Staats-Schuld-Scheine per 1800 Rthl. 3¹/₂% 88¹/₂ Gld. 4% 99¹/₂ Gld., neue Obligationen 3¹/₂% 96¹/₂ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99¹/₂ Gld., 3¹/₂% 89¹/₂ Gld. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthl. 3¹/₂% 95¹/₂ Br., Litt. B. 4% 93¹/₂ Gld., 3¹/₂% 92¹/₂ Gld. Alte polnische Pfandbriefe — Breslau-Schweidnitzer-Freie-Anleihe 1835 à 500 Fl. 81¹/₂ Br. — Eisenbahn-Aktien: Litt. A. 106¹/₂ Gld., Litt. B. 103¹/₂ Gld. Kratau-Oberchlesische 67¹/₂ Br. Niederchlesische-Märkische 84¹/₂ Br., Priorität 5% 102 Gld. Serie III. 100¹/₂ Gld. 94¹/₂ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54¹/₂ Gld. Berlin-Mindener Priorität 102¹/₂ Br., t. Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat 142 Gld. Berlin 2 Monat 99¹/₂ Gld., t. Sicht 150¹/₂ Br. London 3 Monat 6. 26¹/₂ Br. Paris 2 Monat 81¹/₂ Br.